

## Protokoll

### des Einwohnerrats Zofingen

### Amtsperiode 2022–2025

### 4. Sitzung 2024

Datum	Montag, 25. November 2024
Zeit	18.00–22.14 Uhr
Ort	Stadtsaal
Vorsitz	Matthias Hostettler, Einwohnerratspräsident
Protokollführer	Patrick Siegrist, Ratssekretär
Anwesend	<b>37 Mitglieder des Einwohnerrats</b> Affentranger Thomas (Grüne), Einwohnerrat <sup>5</sup> Burkard Karin (Grüne), Einwohnerrätin Fumagalli Carla (glp), Einwohnerrätin <sup>7</sup> Gaberthüel Adrian (FDP/ZM), Einwohnerrat Gfeller Markus (SVP), Einwohnerrat <sup>3, 6, 7</sup> Graf Michèle (EVP-Die Mitte), Einwohnerrätin Grossenbacher Fabian (SVP), Einwohnerrat Guyer Gian (Grüne), Einwohnerrat <sup>6, 7</sup> Gygax Attila (glp), Einwohnerrat <sup>7</sup> Gygax Daniel (FDP/ZM), Einwohnerrat <sup>2, 6</sup> Hoffmann Lena (Grüne), Einwohnerrätin <sup>4</sup> Hostettler Matthias (Grüne), Einwohnerrat <sup>1</sup> Hottiger Tobias Dr. (FDP/ZM), Einwohnerrat Keller Thomas (FDP/ZM), Einwohnerrat Kirchhofer André Dr. (FDP/ZM), Einwohnerrat <sup>5</sup> Koechlin Ronni (FDP/ZM), Einwohnerrat Kremer Franziska (SP), Einwohnerrätin <sup>6, 7</sup>

Lehmann Yvonne (SP), Einwohnerrätin<sup>6</sup>  
 Lerch Raphael (SVP), Einwohnerrat<sup>5</sup>  
 McNaught Salome (SP), Einwohnerrätin<sup>3, 4</sup>  
 Müller Maik (FDP/ZM), Einwohnerrat<sup>4, 6, 7</sup>  
 Nadler Daniela (SVP), Einwohnerrätin<sup>5</sup>  
 Negri Marco (SVP), Einwohnerrat  
 Plüss Andrea Dr. (EVP-Die Mitte), Einwohnerrätin<sup>6</sup>  
 Scheidegger Elisa (SP), Einwohnerrätin  
 Schifferle Zeno (EVP-Die Mitte), Einwohnerrat  
 Schindler René (SVP), Einwohnerrat  
 Schürch Claudia (EVP-Die Mitte), Einwohnerrätin<sup>5, 7</sup>  
 Sjöberg Anders Dr. (glp), Einwohnerrat<sup>5, 6</sup>  
 Sommer Alice (Grüne), Einwohnerrätin  
 Sommer Hans Rudolf (SP), Einwohnerrat<sup>5</sup>  
 Szedlák Stéphanie (EVP-Die Mitte)  
 Wacker Michael (SP), Einwohnerrat<sup>5, 6</sup>  
 Willisegger Barbara (SVP), Einwohnerrätin  
 Wyss Flavio (FDP/ZM), Einwohnerrat  
 Zinniker Béatrice (FDP/ZM), Einwohnerrätin<sup>5</sup>  
 Zobrist Luc (FDP/ZM), Einwohnerrat

**Entschuldigt**

Kunz Silan (SP), Einwohnerrätin  
 Schnider Christian (glp), Einwohnerrat  
 Senn Ammann Yolanda (Farbtupfer), Einwohnerrätin

**Legende**

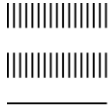
<sup>1</sup>Präsident  
<sup>2</sup>Vizepräsident  
<sup>3</sup>Stimmzähler/in Büro ER  
<sup>4</sup>Stimmzähler/in Wahlbüro  
<sup>5</sup>Mitglied FGPK  
<sup>6</sup>Mitglied Spezialkommission Revision Gemeindeordnung  
<sup>7</sup>Fraktionspräsident/in

**Verteiler**

Mitglieder des Einwohnerrats  
 Mitglieder des Stadtrats

Publiziert am 23. Dezember 2024 auf [www.zofingen.ch](http://www.zofingen.ch).

<b>Traktanden</b>	Seite
- Mitteilungen	4
- ER.2024.036 Budget 2025 (Erfolgs- und Investitionsrechnungen) inkl. Festsetzung des Gemeindesteuerfusses für 2025 sowie Investitionsplanung 2025–2034 der Einwohnergemeinde Zofingen	5
- ER.2024.029 Interpellation von Michael Wacker (SP) vom 24. Juni 2024 betreffend "Ver- bindlichkeit von Abstimmungsunterlagen"; Beantwortung Stadtrat	29
- ER.2024.030 Interpellation von Hans Rudolf Sommer (SP) vom 24. Juni 2024 betreffend "Bewirtschaftungsplan für den Zofinger Wald"; Beantwortung Stadtrat	29
- Umfrage	29



---

## Traktandum 1 – Mitteilungen

**Matthias Hostettler**, Einwohnerratspräsident

Begrüssst alle anwesenden Personen zur heutigen Einwohnerratssitzung.

Die zur Diskussion gestellte **Traktandenliste** wird ohne Änderungen **genehmigt**.

Für die heutige Sitzung haben sich Silan Kunz, Christian Schnider und Jolanda Senn Ammann entschuldigt. Markus Gfeller und Franziska Kremer treffen später ein.

Der Rat ist **mit 35 Mitgliedern verhandlungsfähig**.

Es werden die Rücktritte von folgenden Mitgliedern des Einwohnerrats bekannt gegeben:

- Einwohnerrat Markus Gfeller (SVP) per 31.12.2024
- Einwohnerrat Gian Guyer (Grüne) per 31.12.2024
- Einwohnerrätin Silan Kunz per sofort

Der Rücktritt von Einwohnerrat Daniel Gygax (FDP) per 31.12.2024 wurde bereits an der letzten Sitzung mitgeteilt. Es werden die Rücktrittschreiben verlesen. Die Verabschiedungen erfolgen am Schluss der Sitzung.

### Tischauflagen

- Flyer des Kunsthauses Zofingen

Das **Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 21. Oktober 2024** wurde am 24. November 2024 verschickt. Die 10-tägige Frist für Änderungsbegehren läuft noch.

### Folgende parlamentarischen Vorstösse sind neu eingegangen:

- Interpellation von Matthias Hostettler (Grüne) vom 25. November 2024 betreffend "Verkehrssicherheit und Verhalten von Armeefahrzeugen im Schulumfeld Rosengartenstrasse"
- Postulat von André Kirchhofer (FDP) vom 25. November 2024 betreffend "Neubeurteilung Spitex-Dienstleistungen"
- Postulat von Raphael Lerch (SVP) vom 25. November 2024 betreffend "Prüfung von Verkäufen von Liegenschaften des Finanzvermögens"

---

## Traktandum 2

### ER.2024.036

#### **Budget 2025 (Erfolgs- und Investitionsrechnungen) inkl. Festsetzung des Gemeindesteuereffusses für 2025 sowie Investitionsplanung 2025–2034 der Einwohnergemeinde Zofingen**

*Eintreten ist nicht bestritten.*

*Franziska Kremer (SP) trifft um 18:04 Uhr zur Sitzung ein.*

*Markus Gfeller (SVP) trifft um 18:08 Uhr zur Sitzung ein.*

**Neue Anzahl anwesende Mitglieder des Einwohnerrats: 37**

**André Kirchhofer**, Präsident FGPK

Heute geht es um das Budget 2025 und um den Prüfbericht der FGPK, den ich vertreten darf. Unsere Aufgabe ist genau gleich gegliedert gewesen. Wir haben am 12. September dieses Jahres mit der Budgetprüfung angefangen. Das war eine Präsentation des Finanzvorstehers und des Finanzchefs, die uns die Rahmeneckpunkte des Budgets präsentiert haben. Wir haben dann noch keine grosse Diskussion geführt. Danach begann die bewährte Prüfung des Budgets in der Zweiergruppe. Dort haben wir schriftlich Fragen formuliert und dem Stadtrat einreichen dürfen, die uns gut beantwortet wurden. Das Ziel dieser Prüfung ist es, eine Diskussionsgrundlage zu schaffen, dass alle Ratsmitglieder vom Gleichen reden, dass Verständnisfragen geklärt sind, und dass alle vom Gleichen ausgehen. Der wichtigste Teil ist eine finanzpolitische Beurteilung von allen Mitgliedern der FGPK. Wie beurteilen wir das Budget aus einer übergeordneten Sicht? Mir kommt die Aufgabe zu, nun eine Zusammenfassung zu präsentieren. Die generelle Einschätzung der FGPK ist: Finanztechnisch gibt es keine Beanstandungen. Es ist alles richtig verbucht. Aber finanzpolitisch sieht es etwas anders aus. Die Kommission äussert sich als Ganzes doch zu gewissen Besorgnissen im Vergleich zu den Vorjahren. Der Grund ist, dass sich die Zukunftsaussichten der Finanzlage in Zofingen doch um ein gewisses Mass eingetrübt haben und der Handlungsspielraum, und da sind wir uns in der Kommission einig, der Handlungsspielraum ist kleiner geworden gegenüber den Vorjahren. Der Stadtrat selbst schliesst zum Beispiel eine Steuerfusserhöhung nicht ganz aus. Auf Seite 25 von den Finanz- und Investitionsplänen kann man das Nachlesen. Das ist für die ganze Kommission ein Stück weit ein Alarmsignal.

In der Schlussbeurteilung war die Kommission stark gespalten. Wir haben eine Mehrheit, die das Budget empfiehlt, zuzustimmen und deren Argumente sind die Folgenden: Die Situation wird aktuell noch als stabil betrachtet. Es ist so, dass man eine gewisse Verschuldung in Kauf nehmen will. Man attestiert dem Stadtrat, dass die Lage erkannt ist und man an einer Strategie arbeitet. Beim Personalbestand ortet man einen gewissen Nachholbedarf und die Stellen, die mit dem Budget 2025 beantragt werden, werden als sinnvoll angeschaut. Dahingehend, dass die Stadt in diesen Bereichen Mehrleistungen für die Bevölkerung erbringen sollte. Man vertraut dort auf die Anträge und auf die Argumentation des Stadtrats. Das ist die Mehrheitsmeinung. Die Minderheitsmeinung ist, dass man sich vor allem von der längerfristigen Zukunftsplanung leiten lässt. Die längerfristige Entwicklung sieht nicht so gut wie noch vor einem Jahr oder sogar noch weiter zurück. Man bemängelt eine massive Erhöhung des Nettoaufwands. Man kritisiert auch die Zunahme des Stellentarifs und die beantragten Stellenpuffer werden als problematisch angesehen. Insbesondere ist man überzeugt, dass die Langfristentwicklung so schlecht ist, wie sie jetzt schon daherkommt und in den Finanz- und Investitionsplänen sogar ein bisschen geschönt dargestellt ist. Vor diesem Hintergrund hat sich eine

Minderheit dafür ausgesprochen, das Budget zur Ablehnung zu empfehlen, ausser es würden noch wesentliche Änderungen geben, sprich Reduktionen.

Die Empfehlungen von der FGPK lauten insgesamt wie folgt: Beim Antrag 1 zum Budget 2025 ist die Mehrheit mit 5 zu 4 für die Annahme des Budgets. Beim Antrag 2 bei den Investitions- und Finanzplänen ist es gegenteilig: 4 Mitglieder von der FGPK empfehlen, die Finanzpläne zur Kenntnis zu nehmen und 5 empfehlen, sie nicht zur Kenntnis zu nehmen. Als FGPK-Präsident nehme ich eine finanzpolitische Einordnung des Budgets vor. Das ist nicht mehr die Mehrheitsmeinung oder die Minderheitsmeinung der FGPK, sondern die Einschätzung des Präsidenten dieser Kommission. Ich komme mir manchmal wie der Sisyphus vor, der den Stein immer wieder den Berg hinauf rollt, und nach dem Budget oder auch nach der Rechnungssitzung geht der Stein wieder runter und man fängt von vorne an. Wieso? Ich habe in den letzten Jahren bei der Rechnungsprüfung und bei der Budgetdiskussion immer wieder darauf hingewiesen. Ich habe gemahnt, dass die Zahlen sich dahingehend entwickeln, dass es uns nicht mehr so gut tut, wo Zofingen nicht mehr so stolz sein kann wie in den Vorjahren. Aber die Warnungen werden, insbesondere auch schriftlich festgehalten von der externen Revision, sind bis jetzt nicht beherzigt worden. Der Stadtrat hält im Kommentar zum aktuellen Budget fest, und das finden Sie auf Seite 3, dass man ein tragfähiges Ergebnis vorweisen kann, weil man bei der Budgetierung restriktiv vorgegangen sei. Zu gut zu halten ist dem Stadtrat immerhin, dass er auf gewisse Negativfaktoren aufmerksam macht. Er stellt selbst fest, dass der Ertragsüberschuss abgenommen hat, dass die Steuererträge zurückgehen und dass auch die Selbstfinanzierung auf einem tieferen Niveau ist als noch letztes Jahr.

Das Versprechen des Stadtrats lautet trotzdem – und das finden Sie bei den Finanz- und Investitionsplänen auf Seite 3 –, dass man eine finanzielle Tragfähigkeit und Stabilität gewährleisten tut. Festgemacht wird das mit einer neuen Obergrenze, die der Stadtrat einführen möchte: 2000 Franken Nettoverschuldung pro Einwohner, soll eine neue Obergrenze darstellen. Das ist eine Art Finanzstrategie, wie wir in der FGPK auch vom Finanzvorsteher hören durften, und im Grundsatz ist das auch ein guter Ansatz.

Das Jahresbudget ist eine Momentaufnahme. Eine langfristige Betrachtung ist absolut notwendig. Es reicht nicht zu schauen, ob ein Budget Rot, Grün oder Orange ist. Im Moment sind wir orange. Man muss einen langfristigen Massstab anlegen und das Budget in die Investitions- und Finanzplanung einordnen. Deshalb muss man auch nach hinten schauen. Als erstes gehe ich auf das Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit ein. Das betriebliche Ergebnis ist mit 2,2 Millionen sehr klar im Minus und bis 2034 stellen wir fest, dass sich das betriebliche Ergebnis laufend verschlechtern wird. Bis 2034 ist das betriebliche Ergebnis nie positiv und der Höchstwert beträgt 4,5 Millionen Minus. Der Grund ist klar: Das sind steigende Abschreibungen. Je mehr Investitionen, je mehr Abschreibungen, umso schlechter ist das betriebliche Ergebnis. Aber trotzdem resultiert im eigentlichen Tagesgeschäft ein Aufwandüberschuss, und zwar immer mehr. Wenn man einen Schritt weitergeht, zum operativen Ergebnis das Finanzergebnis dazu nimmt, müssen wir feststellen, dass die Minuszahlen immer höher werden. Wenn man einen Vergleich vornimmt mit dem Finanz- und Investitionsplan von letztem Jahr, dann sind die Minuszahlen klar höher. Das heißt, eine große Verschlechterung des Handlungsspielraums, er wird zunehmend eingeschränkt. Drittens ist der Nettoaufwand für mich ein absolut zentraler Wert. Der externe Revisor hat es angedeutet. Er hat erwähnt, dass man den Nettoaufwand jedes Jahr im Griff haben muss. Der Nettoaufwand bezeichnet den Aufwand für die eigentliche Geschäftstätigkeit, und der Nettoaufwand muss durch den Fiskalertrag gedeckt werden können. Sonst hat man definitiv ein Problem. Beim Nettoaufwand haben wir innerhalb von 3 Jahren eine Steigerung um 13,7 Prozent. Das ist einfach gigantisch. Viertens, der Personalaufwand: Der Stadtrat selbst sagt in den Finanz- und Investitionsplänen auf Seite 23, dass man einen langfristigen Wert, einen Zuwachswert vom Personal von 1,1 Prozent anstrebt. Wenn man rechnet, dann stellt man fest, dass man im Budget 24 beim Personalaufwand eine Steigerung von 8,1 Prozent gehabt hat. 1,1 will man haben,

8,1 hat man gehabt letztes Jahr im Budget. Dieses Jahr sind es nur 2,9 Prozent. Man ist aber immer noch massiv vom eigenen Zielwert entfernt und insgesamt übertrifft man dieses Jahr das erste Mal die magische Marke von 40 Millionen Franken für den Personalaufwand. Das hat man noch nie gehabt, seit es in Zofingen in den letzten Jahren Budgets gibt. Die eigenen Zielwerte des Stadtrats sind einfach Makulatur und können nicht ernst genommen werden. Es braucht diesbezüglich ein massives Bremsmanöver.

Nächster Punkt ist die Steuerentwicklung. Bei der Steuerentwicklung hat man immer gesagt, sie gehen rauf, kein Problem. Im Budget 2023 hat man gegenüber dem Budget 2022 eine Zuwachsrate gehabt von 8,1 Prozent: Beim Budget 24 gegenüber 23 hat sich die Zuwachsrate bereits verlangsamt. Ich habe darauf hingewiesen und es sind noch 7,2 Prozent gewesen. Die Kurve fängt an abzufachen. Wir haben nicht mehr Zuwachs. Wir haben das erste Mal einen Rückgang um 1,8 Prozent. Die Steuern nehmen ab. Diese Kurve wird sich in den nächsten Jahren weiter fortsetzen. Mit sehr großem Erstaunen habe ich zur Kenntnis genommen, dass in den Finanz- und Investitionsplänen auf Seite 31 der Stadtrat schreibt, dass man eine Trendwende herbeiführen will, so ab 2030. Irgendeinen Hinweis oder ein Argument darauf, wie der Stadtrat denn die Trendwende erreichen will, habe ich nicht gefunden. Es steht einfach die nackte Zahl und das Wort "die Trendwende" dort. Dann bin ich in den letzten Budgets suchen gegangen und fand dort im Budgetbericht 2023 auf Seite 31, dass die Talsohle erreicht ist. Die Prognosen dürfen in Zukunft wieder optimistischer sein. 2024 hat man gesagt, man darf eher wieder ein optimistisches Szenario annehmen, und jetzt sagt man auf Seite 11 vom Budget: Der Rückgang ist ein einmaliges Szenario. Und wenn ich das so im Zeitverlauf zusammenfasse, muss ich klar festhalten: Das sind einfach beschönigende Aussagen, die nicht die Realität abbilden, was durch die nackten Zahlen dokumentiert ist. Und das Wichtigste ist die langfristige Investitionsplanung von 2025 bis 2033: Die Nettoschuld pro Einwohner ist 2025 das erste Mal überhaupt im Minus. Wir werden von einer Vermögenssituation in eine Verschuldungssituation hineinkommen. Im Jahr 2024 war davon noch keine Rede gewesen. Wenn man ein Jahr zurück geht, hat man für das Jahr 2025 noch keine Nettoverschuldung ausgewiesen. Das hat sich innerhalb eines Jahres vom einen Planungshorizont zum anderen Planungshorizont einfach geändert. Die Nettoschuld wird sich massiv erhöhen. Diesen Zielwert, den sich der Stadtrat gegeben hat, den erreicht man ironischer erst 2033 im letzten Planungsjahr. Eine Trendumkehr bei der Nettoverschuldung erreicht man, indem die Steuereinnahmen wieder rauf gehen und auf der anderen Seite eine Begrenzung des Wachstums vom Aufwand auch noch herbeiführt. Es ist nicht erklärt, wie es funktioniert. Und, wenn man den Aufwand begrenzen will, wieso macht man es ihn nicht schon jetzt? Aber wenn man eine Strategie formuliert und diese dermassen frisiert, dass sie erst im letzten Planungsjahr nach 10 Jahren erreicht ist, dann ist das eigentlich keine Strategie. Alle langfristigen Parameter sind schlechter als noch vor einem Jahr. Es ist eine massive Verschlechterung der Verschuldung. Die Gesamtschätzung, die ich vornehmen muss, ist, dass man die Kommentare oder die Einschätzung des Stadtrats im Budget als verharmlosend bezeichnen muss. Alle massgeblichen Budgetindikatoren haben schon in den vergangenen Jahren in die falsche Richtung gezeigt. Das Ergebnis aus den betrieblichen Tätigkeiten, das operative Ergebnis, die Zuwachsrate beim Personalaufwand und der Steuerertrag.

Und jetzt ist der Fiskalertrag zum ersten Mal sinkend. Alle Langfristkennzahlen sind schlechter als in der Vorjahresplanung und der Zielwert der Nettoschuld, den sich der Stadtrat selbst gegeben hat, ist erst im letzten Planungsjahr erreicht. Das sind wieder viele Hinweise, viele Mahnungen, viele Warnungen gewesen, wie schon letztes Jahr. Ich habe bis jetzt keine Reaktion festgestellt. Das ist keine Finanzstrategie, was uns der Stadtrat da präsentiert. Es sind lediglich Versprechungen. Der Turnaround, der prophezeit wird, wird nicht so eintreffen. Jedenfalls finde ich keine Begründung. Die Finanzstrategie, die uns präsentiert wird, ist ein trojanisches Pferd, aus dessen eine Steuerfusserhöhung schlüpfen wird. Die Strategie zielt einzig und allein darauf ab, dass sich die Kennzahlen so verengen, dass man in einen Finanzdruck hineinkommt und man letztlich keine Handlungsoption mehr

hat, also eine Steuerfusserhöhung. Auf so eine Finanzstrategie kann man gerne verzichten. Es braucht Massnahmen. Erstens, wir Einwohnerräte müssen uns selbst auch ein wenig an der eigenen Nase nehmen. Wir müssen beim Budget noch genauer hinschauen. Deshalb sind Fachwissen und Arbeit in dieser Budgetdebatte sehr wichtig. Wir müssen ein Korrektiv gegenüber dem Stadtrat sein. Zweitens, seitens des Stadtrats soll eine echte Finanzstrategie vorgelegt werden, die den Namen verdient. Drittens: Entlastung vom Jahresbudget 2025.

Mein Dank geht in an die Mitarbeitenden für die stetige Arbeit im vergangenen Budgetjahr. Das ist die Basis, dass unsere Stadt immer noch so gute Ergebnisse erzielen kann. Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels brauchen wir bewährtes und gutes Personal und es wäre der falsche Ansatz, beim Personal anzusetzen und dort zu sparen. Der Dank geht weiter an den Stadtrat für die Beantwortung der Fragen und noch an meine Kolleginnen und Kollegen in der FGPK, die ein grosses Engagement gezeigt haben.

**Flavio Wyss, Fraktionsvotum (FDP)**

Die Fraktion lehnt das vorgelegte Budget sowie die Finanz- und Investitionspläne entschieden ab. Unsere Stadt befindet sich in einer schwierigen finanziellen Lage. Diese ist geprägt von sinkenden Steuereinnahmen und weiterhin steigenden Ausgaben. Obwohl der Stadtrat in seinem Bericht von einer restriktiven Budgetierung spricht, lassen uns die vorgelegten Zahlen auf das Gegenteil schliessen. Insbesondere die zusätzlichen Stellenprozente, die nicht fremdfinanziert werden, sind für uns nicht nachvollziehbar. Obwohl es Handlungsbedarf in wichtigen Bereichen wie der Koordination von Gewerbe- und Wirtschaftsinteressen gibt, oder bei grösseren Projekten im Hochbau, fehlt die notwendige Disziplin im Haushaltsbudget. Neue Stellen zu schaffen, während die Finanzlage angespannt ist, ist nicht der richtige Weg.

Vielmehr muss der Stadtrat mit den bestehenden Ressourcen Lösungen finden und effizienter werden. Die langfristige Finanzplanung zeichnet ein nüchternes Bild für die Richtwerte der Nettoverschuldung. Die Nettoverschuldung von maximal 2'000 Franken pro Einwohner, die der Stadtrat eingeführt hat, wird über Jahre massiv überschritten und steigt zwischenzeitlich auf 3'600 Franken pro Einwohner an. Der Turnaround ab 2030, welcher durch sinkende Investitionen und steigende Steuereinnahmen passieren soll, schein unrealistisch und ist für uns nur schwer nachvollziehbar. Wir brauchen einen Kurswechsel und einen nachhaltigen Umgang mit den öffentlichen Finanzen, der die Belastung der Zofingerinnen und Zofinger im Auge behält und gleichzeitig die Zukunftsfähigkeit von Zofingen sichert. Wir werden allfällige Kürzungsanträge unter diesem Aspekt beurteilen und allenfalls zustimmen.

**Carla Fumagalli, Fraktionsvotum (glp)**

Wir haben es bereits in unserer Medienmitteilung geschrieben: Die präsentierten Budgetzahlen beunruhigen uns. Viele Faktoren sind schon aufgezählt worden. Bspw., dass die Selbstfinanzierung zu tief ist. Der steigende Nettoaufwand pro Kopf lässt sich auch nicht nur mit dem Bevölkerungswachstum erklären. In Zeiten von zunehmenden und nicht beeinflussbaren Unsicherheiten, reicht es nicht zu spekulieren und relevante Entscheidungen zu vertagen, sondern wir müssen Sicherheiten schaffen. Reserve im Finanzhaushalt einplanen, damit wir langfristig handlungsfähig bleiben können und eben auch zukünftige Generationen Investitionen tätigen können. Das, was man ausgibt, muss irgendwie hineinkommen.

Es fehlt an einer langfristigen Strategie, insbesondere, wie die Einnahmeseite verbessert werden soll. Wachstum ist sinnvoll, wenn neue Stellen gezielt einen Mehrwert bringen. Dieser Mehrwert muss aber für die Bevölkerung spürbar sein. Es ist davon auszugehen, dass auf der Ausgabeseite bereits Abstriche gemacht wurden, bevor uns das Budget präsentiert wurde. Jedes Begehren hat ein

Argument dafür. Trotzdem müssen wir verzichten und uns strategisch fokussieren, wo wir investieren wollen. Deshalb werden wir in der Detailberatung einen Antrag stellen, die beantragten Stellenprozente auf den Stand von 2024 zu kürzen.

Die verbleibenden 280 Stellenprozente sollten genügend Handlungsspielraum geben, neue Stellen zu schaffen oder neue Begehren zu befriedigen, wo es wirklich nötig ist. Wie die verbleibenden Prozente sinnvoll eingesetzt werden, liegt in der Verantwortung des Stadtrats. Für die offenen Begehren sollen Alternativen zur Schaffung von neuen Stellen geprüft werden, indem bestehende Gefässe und Ressourcen angeschaut werden. Man muss kreativ sein. Zum Thema City-Management gibt es vielleicht andere Varianten. Es ist eine gute Sache, aber eher ein Nice-to-have.

Sparbremsen haben wir ungern. Wir sind für Innovation, Weiterentwicklung und Nachhaltigkeit. Wir haben eine Verantwortung für diese Nachhaltigkeit auch im Finanzhaushalt, damit die Stadt eine solide Basis für zukünftige Entwicklungen hat. Es werden auch Unsicherheiten auf uns zukommen. Wir bitten um Zustimmung zu unserem Antrag.

**Gian Guyer**, Fraktionsvotum (Grüne)

Die gründliche und sehr sorgfältige Prüfung des Budgets durch die FGPK erlaubt uns die politische Diskussion zu führen und nicht um Details herumzustreiten.

Die hohen Investitionsjahre sind da und das Budget 2025 vor allem durch das Oberstufenzentrum geprägt. Wenn auch eine gewisse Verschuldung seit Jahren anvisiert wird, sieht die langfristige Planung weniger gut aus als in den letzten Jahren. Seit Langem ist die langfristige Verschuldungsprognose nicht im Sinken, sondern das erste Mal wieder am Steigen. Gibt man einfach haltlos mehr Geld aus? Nein, wenn man die budgetierte Erfolgsrechnung anschaut. Der Nettoaufwand pro Einwohner steigt im Vergleich zum Budget 2023 um 0,9 Prozent (nicht teuerungsbereinigt). Es ist also nicht richtig, einfach von einer haltlosen Ausgabensteigerung zu sprechen. Drei wichtige Faktoren sind auf der Einnahmeseite zu beachten: Änderungen mit der Steuergesetzrevision vom Kanton machen die Lage sehr viel angespannter. Bei natürlichen Personen nehmen die Einnahmen in den nächsten Jahren ab. Die Steuererträge von den juristischen Personen sind von sehr vielen externen Faktoren abhängig und die Entwicklung ist schwierig zu beurteilen. Auf das Gewerbe ist zu achten und es soll entsprechend gefördert werden. Bei den natürlichen Personen geht es vor allem Bevölkerungswachstum. Das ist ein sehr wichtiger Punkt. In der langfristigen Planung muss Zofingen eine Attraktivität haben, dass die Leute gerne hierhin ziehen und das anvisierte Bevölkerungswachstum erreichen wird. Das bedeutet eine lebendige Altstadt. Das bedeutet ein gutes Angebot an Dienstleistungen, Kultur und Freizeit. Wenn wir die Steigerung der Steuereinnahmen bei den natürlichen Personen nicht erreichen, haben wir einen Schuldenberg und kommen nicht um eine Steuererhöhung herum. Es muss eine Trendwende hin. Die Steuereinnahmen müssen wieder steigen. Um das zu erreichen, benötigt es Investitionen, auch personelle. Die Fraktion ist überzeugt, dass sich die Investitionen langfristig auszahlen werden und setzt deshalb dafür ein. Das Budget wird genehmigt.

**Michael Wacker**, Fraktionsvotum (SP)

Wie die FGPK feststellt, ist an diesem Budget finanztechnisch nichts auszusetzen. Die SP schaut das Budget nicht nur finanztechnisch an, sondern generell ist das Budget solide. Kürzungen respektive Verzicht an verschiedensten Orten tun noch nicht weh. Es stellt sich trotzdem die Frage, ob Kürzungen, Verschiebungen oder Verzicht uns nicht später einholen.

Entgegen der bürgerlichen Seite schaut die SP das Ausgabenwachstum nicht als ungebremst an. Der Nettoaufwand steigt gemäss Budget 2025 von 2'884 Franken auf 2'911 Franken pro Person. Das sind 0,9 Prozent. Die Teuerung ist 1,2 %. Wenn man die Teuerung einrechnet, könnte der Nettoaufwand noch um 0,3 Prozent mehr steigen. Das sind 8 Franken pro Einwohner oder gesamthaft rund 105'000 Franken in der laufenden Rechnung. Vor diesem Hintergrund macht die SP dem Stadtrat und der Verwaltung ein grosses Kompliment. Der Spar- und Optimierungswille ist deutlich

erkennbar. Bei den Spezialfinanzierungen schaut die SP das Budget ebenfalls als solid an. Besonders erfreulich ist es beim Seniorenzentrum: ein operatives Ergebnis von 120'000 Franken und eine Selbstfinanzierung von 1,1 Millionen Franken zeugen von einem gut aufgestellten Betrieb. Vor diesem Hintergrund wartet die SP gespannt auf die finanziellen Auswirkungen der Rechtsformänderung. Was wird das die Stadt kosten oder was kostet das Seniorenzentrum? Bei der Abwasserkasse, ebenfalls eine Spezialfinanzierung oder ein Eigenwirtschaftsbetrieb, machen sich die hohen Investitionen – Stichwort Hochwasserschutz Wigger – bemerkbar. Das Vermögen ist aufgebraucht und die Schulden werden sich anhäufen. Im Finanzplan zur Abwasserbeseitigung ist für 2026 eine Erhöhung pro m<sup>3</sup> Abwasser von 2,90 auf 3.20 Franken eingestellt.

Der Stadtrat beantragt uns im Stellenplan eine Erhöhung um 3,1 Stellen. Sie machen Sinn und die SP kann sich damit generell einverstanden erklären. Die eine oder andere kritische Frage werden wir trotzdem in der Budgetdebatte stellen. Da muss man gar nichts anfangen. Der Antrag der gP, die Stellenprozente auf dem Jahr 2024 einzufrieren, unterstützen wir nicht. Denn so könnten die rückfinanzierten oder die vertraglich zugesicherten Stellen nicht geschaffen werden. schaffen. Es würden 50 Prozent fehlen.

In der Investitionsrechnung sind mehrere Beiträge erstmalig eingestellt. Man kann sich zu Recht fragen, ob man nicht gesehen hat, dass eine neue Lüftung in der Militärküche, ein neues Schliesssystem im Schulhaus Mühlethal oder die Instandstellung von der Rösslimattstrasse und dem Seilerweg man erst 2024 festgestellt hat. Das sind doch 560'000 Franken, die bis jetzt nie in einem Finanzplan drin gewesen sind. In Zofingen stehen hohe Investitionen an; bis 2034 rund 100 Millionen Franken. Nach 2035 sind nochmal etwa 100 Millionen Franken eingestellt. Man muss nicht Finanzanalyst sein, um sich die Frage zu stellen, ob wir es uns leisten können. Ohne Geld am Kapitalmarkt aufnehmen zu müssen, müssten wir jedes Jahr eine Selbstfinanzierung von 10 Millionen haben. Das erreicht Zofingen bis ins 2034 nie. Wir stehen zwangsläufig vor einer Verschuldung.

Das muss nicht zwangsläufig negativ sein. Die Investitionen sind künftig sorgfältiger zu prüfen und es braucht eine längerfristige Finanzstrategie. Wir vermissen in diesem Bereich eine Vision für die Stadt Zofingen und eine konkrete Strategie. Wenn wir die Jahre 2025 bis 2028 anschauen, investiert Zofingen im Verwaltungsvermögen rund 70 Millionen Franken in 97 Projekte. Davon sind 15 Millionen Franken verteilt auf 26 neue Projekte, die im Jahr 2024 neu dazugekommen sind und das erste Mal in einem Finanzplan enthalten sind. Da fragt man sich, wo die Strategie und die entsprechend Planung ist. Im Finanzplan ist eine Erhöhung der Abwassergebühren auf 2026 angezeigt. Im Jahr 2021 haben wir die Gebühren das letzte Mal erhöht. Diese Erhöhung wurde vom Preisüberwacher bewilligt. Dem Stadtrat wurde eine Überprüfung der Gebührenstruktur und die Einführung einer Grundgebühr empfohlen. In der Medienmitteilung stand, der Stadtrat plane die Überprüfung im Jahr 2021. Passiert ist nichts.

Für eine solche Einführung der Grundgebühr bräuchte es aber Änderungen im Gewässer- und im Finanzierungsreglement für die Erschliessungsanlagen. Das muss der Einwohnerrat bewilligen. Das ist finanzstrategisch nicht gerade besonders gut, wenn der Stadtrat auf 2026 die Abwassergebühr erhöhen will. Safenwil macht es vor: Die Gemeindeversammlung hat einen Projektierungskredit für ein Schulhaus beschlossen, wo der Gemeinderat klar gesagt hat, dass dadurch im Jahr 2026 eine Steuererhöhung um 3 Prozent ansteht. Es wurde bewilligt. Man kann sparen, aber auf der anderen Seite auch temporär die Steuern erhöhen.

Im Kanton Aargau haben wir mehrere Steuergesetzesrevisionen hinter uns und wir stehen vor weiteren. Das beeinflusst den Finanzhaushalt in den Gemeinden. Die SP war immer dagegen. Steuern sparen, Steuergesetze revidieren und immer weniger Steuern erheben, kann eine Strategie sein. Dann muss man bereit sein, zu verzichten (bspw. Tierpark Heitern, Schwimmbad). Diese Diskussionen werden wir führen müssen. Die SP wird dem Budget 2025 zustimmen und für den Finanz- und Investitionsplan trotz aller Unkenrufe mehrheitlich Kenntnis nehmen.

**Claudia Schürch**, Fraktionsvotum (EVP-Die Mitte)

In der FGPK sind keine gravierenden Fehler im Budget gefunden worden. Diesbezüglich gibt es keine Korrekturen. Auch die Prüfung in unserer Fraktion hat keine Positionen – mit Ausnahme des Stellenbudgets – hervorgebracht, die wir bereit wären zu streichen.

Die Lösung für unsere nicht so rosige finanzielle Zukunft liegt nicht in irgendeiner Detailposition, wo man ein paar 1'000 Franken finden kann. Dort hat der Stadtrat seine Hausaufgaben gemacht und geschaut, wo noch herausgestrichen werden kann. Wir sehen die Lösung eher in einer Bremse beim Stellenplan und bei den Investitionen. Wir haben schon vor einem Jahr gesagt, dass das Stellenwachstum aus unserer Sicht zu hoch ist und eingefroren werden muss. Wenn man jetzt beim Stand von 2024 bleibt, wie es der Antrag der glp vorsieht, bleiben immer noch Stellen übrig, womit man das Nötigste umsetzen kann. Das ist keine schöne Situation. Aus unserer Sicht ist das langfristig nicht tragbar, jetzt in einem grösseren Umfang Stellen zu erhöhen.

Der zweitwichtigste Hebel sind die Investitionen für die Zukunft. Wir nehmen den Investitionsplan so zur Kenntnis und finden es gut, dass viele Dinge enthalten sind. Der Einwohnerrat wird schliesslich diese Vorhaben genehmigen. Wir wissen also, was potenziell auf uns zukommt. Wir glauben, dass der Stadtrat es nicht beschönigt hat, indem er jetzt mehr ausweist. Wir finden es gut, dass aufgezeigt wird, dass man ohne Massnahmen in eine Verschuldung kommt.

Wir sehen die Zukunft angespannt, aber nicht ganz so schwarz wie andere in diesem Rat. Wir wollen auch das Positive herausstreichen, weil wir an einer konstruktiven Zusammenarbeit interessiert sind. Der Stadtrat hat eine Zehnjahressicht erstellt, die uns ein Bild verschafft. Er ist nicht verpflichtet, uns so weit hinaus Angaben zu geben. Er hat mit der Kennzahl der Nettoverschuldung einen Zielwert definiert, um unsere langfristige Finanzperspektive auf eine tragfähige Basis zu stellen. Der Stadtrat hört uns Einwohnerräte zu, auch wenn wir manchmal ein anderes Ergebnis wünschen. Es ist noch mehr Effort nötig, um unsere finanzielle Zukunft wirklich auf eine solide Basis zu stellen. Es aber nicht alles durchs Band weg schlecht. Das soll gesagt sein. Wir werden, abgesehen von den Stellen, das Budget genehmigen und danken dem Stadtrat.

**Markus Gfeller**, Fraktionsvotum (SVP)

Die SVP beurteilt das Budget 2025 mit dem Zuwachs dieser Nettokosten als problematisch. Auf Seite 15 ist die Grafik mit der Entwicklung. Sie ist selbstredend. Es geht nur in eine Richtung mit den Kosten. Zur Entwicklung der Nettokosten wird ausgeführt, dass der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr 0,9 Prozent beträgt und das gesteckte Jahresziel 2024 mit maximal 1,5 Prozent Zuwachs deutlich übertroffen worden sei. Wir finden die Entwicklung nicht gut. In den Jahreszielen 2025 haben wir dazu nichts gefunden. Es gibt ein einziges finanzielles Jahresziel und das lautet: "Wir verfügen über einen gesunden Finanzhaushalt und unser Steuersatz liegt unter dem Kantonsmittel."

Die einzige quantifizierbare Grösse an diesem Ziel ist, dass der Stadtrat einen Steuerfussanstieg bis auf den Kantonsdurchschnitt akzeptieren würde. Wir würden das nicht akzeptieren. Einleitend ist zu lesen, dass er restriktiv bei der Erarbeitung des Budgets vorgegangen ist. All diese Aussagen und die Widersprüche lassen nichts Gutes erahnen. Das Budget 2025 ist alarmierend. Wir anerkennen die Leistung des städtischen Personals und stehen hinter dem Grossteil des Leistungsangebotes der Stadt. Das Wachstum bei den Aufgaben, und dass ständig Neues dazukommt, ist für uns nicht mehr haltbar. Dass der Einwohnerrat den Stellenplan kürzt und der Stadtrat mit dem mysteriösen Puffer trotzdem arbeiten kann, ist zwar legitim. Dass im Folgebudget wieder neue Puffermassen beantragt werden, ist ein Unding.

Wir werden deshalb dieser Stellenplankürzung zustimmen und in der Detailberatung einen zusätzlichen Antrag zur neuen City-Management-Stelle bringen. Ein weiteres Thema in der Kostenentwicklung ist der bauliche Unterhalt. Wir stehen hinter dem Werterhalt der Liegenschaften, die für die Aufgabenerfüllung der Stadt verwendet werden. Es kann nicht mehr jede altherwürdige Baute mit einer Nutzung versorgt werden, sodass der Unterhalt oder der Erhalt mit Steuergeldern gerechtfertigt ist.

Zofingen hat die Finanzkraft nicht mehr. Deshalb ist aus unserer Sicht die Zeit gekommen, über eine Verschlinkung des Immobilienportfolios nachzudenken. Wir werden auch zu diesem Thema in der Detailberatung einen Antrag bringen.

**Peter Siegrist**, Stadtrat

Der Stadtrat hat das Budget kritisch angeschaut. Es brauchte einige Runden. Obwohl Sachen nach unten angepasst worden sind, resultiert ein Zuwachs beim Nettoaufwand von rund 4 Prozent (CHF 1,6 Millionen). Die Abteilungen Bildung, Gesundheit und soziale Sicherheit machen 80 Prozent von diesen 4 Prozent aus. Bei diesen 3 Abteilungen haben wir fast keinen Einfluss. Wir können nicht entscheiden, wie viele Lehrer es braucht, wie hoch die Restkostenfinanzierung und die Sozialaufwände sind. Das wird von der Entwicklung gesteuert.

Die Restkostenfinanzierung ist etwas Unschönes und nimmt von den 1,6 Millionen rund 1,4 Millionen ein. Dort, wo wir Einfluss nehmen können, sind wir im Aufwand um 0,8 Prozent gewachsen. Das ist nicht verschwenderisch. Wir haben auf das Budget geschaut.

Wir haben uns zum Ziel gesetzt, dass der Nettoaufwand pro Einwohner maximal auf 1,5 Prozent steigt. Der Wert liegt bei 0,9 Prozent.

Das Budget fällt mit 0,7 Mio. positiv aus. Das heisst, für das Jahr 2025 müssen die Betriebsrechnungen nicht mit Fremdgeld finanzieren werden, sondern können mit eigenem Geld finanziert werden. Die prognostizierte Selbstfinanzierung von 5,9 Millionen ist tiefer als in den vergangenen Jahren. Jedoch gab es in den vergangenen Jahren Sondereffekte, weshalb die Selbstfinanzierungen zum Teil über 10 Millionen betragen. Für das Jahr 2025 gibt es keinen Sondereffekt. Ohne Sondereffekte wird es keine so hohen Selbstfinanzierungen geben. Langfristig wird die Selbstfinanzierung zunehmen, weil wir sehr viele Investitionen getätigt haben. Das gibt hohe Abschreibungen, die Bestandteil der Selbstfinanzierung sind. In der Langfristplanung wird das bei den heute geplanten Steuereinkommen bei rund 8 Millionen Franken sein. Für 2025 haben wir die Steuereinnahmen tiefer budgetiert. Das hat einen bestimmten Grund. In unserer Statistik der Steuereinnahmen im Zeitraum von 2001 bis 2022 sehen wir, dass die Steuereinnahmen von Jahr zu Jahr steigen. Das ist eine Entwicklung, dass es immer hinaufgeht. In dieser Statistik gibt es zwei Dellen in den Jahren 2009 und 2013, wo es jeweils eine kantonale Steuergesetzrevision gab. Eine solche Steuergesetzrevision gibt es auch im Jahr 2025. Wenn der Trend analog der Jahre 2001 bis 2022 weitergeht, können wir davon ausgehen, dass nachher die Steuern auch wieder steigen werden.

Positiv ist, dass wir in den Jahren 2021 und 2022 dank Sondereffekten eine sehr gute Selbstfinanzierung hatten. Wir konnten in den beiden Jahren durchschnittlich 150 Prozent mehr selbstfinanzieren, als wir gebraucht haben und Reserven bilden. Im Jahr 2024 resultierte ein Vermögen, das uns jetzt hilft, für die hohen Finanzierungen des Oberstufenzentrums nicht viel Geld aufnehmen zu müssen. Investitionen von 43 Millionen Franken für das Oberstufenzentrum in einem Zeithorizont von 4 Jahren kann nicht mit der Selbstfinanzierung gedeckt werden. Fremdkapital wird benötigt. Das ist ein normaler Prozess. Es muss bewusst gewesen sein, als ein Oberstufenzentrum bewilligt wurde, dass noch andere Investitionen im Bereich von Strassen usw. geben wird. Die sind zwar nicht so hoch, kommen aber dazu. Aus dem Grund hat sich der Stadtrat ein Ziel gesetzt, die Pro-Kopf-Veranschuldung, um die 2'000 Franken zu begrenzen. Das ist nicht für alle Jahre möglich, sondern auf den Zeithorizont unserer Finanzplanung betrachtet, dass es auf diesen Wert zurück geht. Das Thema Schulraum wird uns noch eine Zeitlang verfolgen. Die Entwicklung kann der Stadtrat nicht beeinflussen. Viele Faktoren wie die Entwicklung der Einwohnerzahl sind nicht absehbar und haben einen Einfluss auf die Steuereinnahmen. Jedoch bei der Artengliederung, wo der Zuwachs bei den Betriebs- und Sachaufwandkosten etwa 150'000 Franken beträgt. Dort konnte der Stadtrat Einfluss nehmen. Heute haben wir keine Finanzstrategie, sondern Budget, Investitions- und Finanzplanung.

**André Kirchhofer**, Einwohnerrat

Ich spreche jetzt als Einzelperson, nicht mehr für die FGPK und nicht als FGPK-Präsident, und nehme ein paar Punkte unseres Finanzvorstehers auf. Es ist richtig, dass der Betriebs- und Sachaufwand in Grenzen gehalten werden konnte. Dort ist die Steigerungsrate am Zielhorizont, der sich der Stadtrat selbst setzt. Wenn jedoch der Personalaufwand dermassen erhöht wird, wie es angedacht ist, wird in den Folgejahren auch der Sach- und Betriebsaufwand automatisch ansteigen. Ich stelle fest, dass der Finanzvorsteher es in seinen Ausführungen nicht geschafft hat, strategische Eckpunkte einzuschlagen. Er hat im Gegenteil am Schluss gesagt, dass wir hier keine strategische Debatte führen. Offensichtlich verweigert er sich diesbezüglich der Diskussion. Es sind diverse Anmerkungen aus verschiedenen Fraktionen und der FGPK erfolgt, wonach eine Strategie vermisst wird. Es ist eine zentrale Aufgabe eines Finanzvorstehers, dass er diesbezüglich Auskunft gibt. Eine verständliche Auskunft, die die Strategie des Stadtrates nachvollziehen lässt. Diese Ausführungen hätte ich gerne explizit vom Finanzvorsteher und nicht von der Stadtpräsidentin. Es ist die Aufgabe vom Finanzvorsteher, einmal im Jahr im Einwohnerrat dazu Auskunft zu geben. Wenn es der Einwohnerrat verlangt, kann man nicht einfach sagen, heute ist keine Strategiedebatte.

Zum Thema Bevölkerungswachstum, Steuerertragswachstum haben wir gehört, dass die Bevölkerung zunimmt. Das ist richtig. Man kann davon ausgehen, dass das mehr Steuereinnahmen generieren wird. Wenn man aber in der Vergangenheit schaut, wieso der Steuerertrag angestiegen ist, dann ist es eben nicht wegen des Bevölkerungswachstums, sondern, der Steuerertrag ist angestiegen, weil der Steuerertrag pro Kopf ansteigt. Nicht das Bevölkerungswachstum ist entscheidend, sondern die Qualität des Wachstums. Es sind keine Angaben im Budget oder in der Rechnung zu finden, wieso der Steuerertrag pro Kopf zunehmen soll.

Der Finanzvorsteher hat erläutert, dass 80 Prozent des Nettoaufwands nicht beeinflussbar sind. Der Nettoaufwand beträgt rund 75 Millionen Franken. Da sind 20 Prozent ein erheblicher Teil, den man beeinflussen kann. Es ist richtig, dass der Nettoaufwand von einem Jahr zum anderen nicht so viel zugenommen hat. Jedoch beträgt die Steigerung 13,7 Prozent, wenn man den Wert von 2'558 in der Rechnung 2022 mit dem jetzigen Wert von 2'911 vergleicht.

Die Investitionen nehmen schon ab, wie es eingestellt ist. Bspw. aber nicht eingestellt ist im Investitionsplan das Oberstufenzentrum B. Anhand der Schülerzahlen wird es ein Oberstufenzentrum B brauchen; bereits per 2030. Spätestens Ende der Zwanzigerjahre brauchen einen Planungs- und Projektierungskredit. Dieser fehlt im Investitionsplan. Wenn man diesen hineinnimmt, verschlechtern sich sämtliche Werte. Das zeigt, dass wir eine strategische Betrachtung benötigen.

**Peter Siegrist**, Stadtrat

Der Zuwachs beim Nettoaufwand ist 4 Prozent. Ich habe mich unklar ausgedrückt. Von diesen 4 Prozent - gleich 100 Prozent - sind 80 Prozent nicht beeinflussbar und 20 Prozent beeinflussbar. 3,2 Prozent von diesen 4 Prozent sind also schwer oder nicht beeinflussbar. Das ist Bildung, Gesundheit und Soziales. Und 0,8 Prozent davon wären beeinflussbar von diesen 4 Prozent.

Heute ist nicht das Thema einer Finanzstrategie. Der Stadtrat beschäftigt sich damit. Bspw. sind Überlegungen, ob die Finanz- und Investitionsplanung auf 5 Jahre erstellt werden soll. Denn der Zeithorizont mit 10 Jahren beinhaltet relativ ungewisse Zahlen. Bei einem Projektierungskredit sind die Kosten plus-minus 5 Prozent kalkulierbar. Wenn ein solcher nicht vorliegt, basieren die Zahlen auf Erfahrungswerten.

**Béatrice Zinniker**, Einwohnerrätin

Eine Bemerkung zur Budget-Medienmitteilung: Wenn man in den Budgetunterlagen liest, insbesondere bei den Kennzahlen, dann merkt man gut, der Stadtrat hat gesehen, wir haben ein Problem. Man spricht davon, dass die Selbstfinanzierung dauerhaft ungenügend ist. Man muss zwingend

Massnahmen einleiten. Man hat dringenden Handlungsbedarf. Das geht aus den Budgetunterlagen hervor, wenn man es im Detail liest.

Die Aussage zum Budget 2025 in der öffentlichen Medienmitteilung jedoch war optimistisch. Man spricht nicht vom Gleichen, wenn man diese Aussagen miteinander vergleicht. Ich verstehe das nicht. Beispiel: "Zofingen präsentiert ein solides und tragfähiges Budget 2025." Man sagt damit, das Budget zeigt eine finanziell tragfähige Entwicklung, die eine weiterhin hohe Investitionstätigkeit bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung des hohen städtischen Leistungsangebots ermöglicht. Der Finanzplan zeigt einen Turnaround ab 2030 und die finanzielle Stabilität ist gewährleistet. Das ist der Ton. Das ist schönfärberisch. Die Bevölkerung hat Anspruch darauf, dass man transparent und wahrheitsgetreu kommuniziert und sie sensibilisiert. Nur so kann man von den Einwohnern und Einwohnerinnen verlangen, dass sie Verständnis haben, wenn man das eine oder andere Mal nicht in allen Bereichen grosszügige Mittel zur Verfügung stellen kann. Dies als Anregung, etwas transparenter zu werden.

**Peter Siegrist**, Stadtrat

Wir haben eine positive Mitteilung kommuniziert. Sie enthält, was im Budget steht. Das Budget ist stabil und der Turnaround ab 2030 geplant. Für die Betriebskosten haben wir zurzeit kein Fremdkapital aufnehmen müssen. Reserven haben wir nicht mehr viel, weshalb wir bei zukünftigen Investitionen überlegen müssen, was wir benötigen und uns überhaupt leisten können.

*Das Budget 2025 (Erfolgs- und Investitionsrechnungen) inkl. Festsetzung des Gemeindesteuerfusses für 2025 wird im Detail beraten.*

**1. Einleitung** (Seiten 3 ff.)

**2. Ergebnisse Budget 2025** (Seiten 6 ff.)

*Keine Wortmeldungen*

**3. Kennzahlen** (Seiten 17 ff.)

*Keine Wortmeldungen*

**4. Bemerkungen zum Budget der Erfolgsrechnung** (Seiten 22 ff.)

*Keine Wortmeldungen*

**5. Zahlenteil** (Seiten 24 ff.)

**Maik Müller**, Einwohnerrat

**Antrag**

*Auf Seite 99 des Budgets 2025 der Einwohnergemeinde Zofingen soll die Position 7900.3010.00 (Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonal) um CHF 136'300 von 236'300 auf CHF 100'000 reduziert werden.*

Es handelt sich um die Stelle des Stadtarchitekten/der Stadtarchitektin in der Stadtentwicklung. Wir sollten uns in diesem Bereich fokussieren. Wo kein aktueller Bedarf besteht, sollten wir keine Ressourcen schaffen. Aufgrund bestehender Projekte besteht ein hoher Bedarf beim Hochbau. Die notwendigen Ressourcen fehlen dort. Beim letztjährigen Budget wurde gezielt eine Stelle geschaffen, welche zusätzliche Mittel blockiert. Es konnte nicht dargelegt werden, ob diese zusätzliche

Stelle in der Stadtentwicklung einen Mehrwert bringt. Die aktuelle Struktur in der Stadtentwicklung zeigt, dass diese nicht effektiv geführt wird und keine klaren Zielvorgaben hat. Die fehlende Effizienz und insbesondere die Zusammenarbeit mit anderen Personen im Tagesgeschäft zeigen, dass die neue Stelle in der internen Organisation und Führung keinen hohen Stellenwert hat. Die vorhandenen Ressourcen sollten besser genutzt werden. Die Aufgaben in der Stadtentwicklung konnten bisher im Bereich Tiefbau aufgrund einer klaren Führungsstruktur und einer zielorientierten Strategie effizient und ohne Herausforderung bewältigt werden. Aufgrund der angespannten Finanzlage von Zofingen ist eine sorgfältige Ressourcenverteilung unabdingbar. Die Finanzierung einer solchen Stelle und ihre Notwendigkeit sind fraglich und stehen in keinem Verhältnis zu den finanziellen Herausforderungen. Stattdessen sollte sichergestellt werden, dass die Mittel dorthin fließen, wo sie einen grossen Nutzen bringen. Der Bereich Hochbau ist mit grossen Projekten konfrontiert. Mit der letztjährigen Reorganisation hätte mehr Effizienz in die Stadt und in die Verwaltung gebracht werden sollen. Mit der zusätzlichen Stelle hat man dieses Ziel verfehlt. Denn eine Stellenaufstockung widerspricht einer konsistenten Haltung, dass man mit einer Reorganisation effizienter werden will. In der Budgetberatung wurde gesagt, man wolle Stellen in einem Bereich einer zielgerichteteren und schlankeren Organisation.

**Michael Wacker**, Einwohnerrat

Diesen Antrag kann man gelinde gesagt als Bigotterie bezeichnen. Es ist erwähnt worden, Tiefbau und Planung könne man mit den aktuellen Ressourcen machen. Stellenplan 2025: 331 Prozent. Wir wissen, was nur schon im Bereich Tiefbau abgeht. Es ist richtig, die Stadtentwicklung ist nicht in der Abteilung Tiefbau, sie ist gehört zur Raumentwicklung.

André Kirchhofer hat vorhin gesagt, Personalsparen sei ein falscher Ansatz. Ich unterstütze das zu 100 Prozent. Eine Stadt entwickelt sich so oder so. Jetzt kann man das aktiv oder reaktiv begleiten, steuern oder einfach nur darauf reagieren. Seit 16 Jahren wird hier drinnen erzählt, dass man in der unteren Vorstadt in den nächsten 2 bis 3 Jahren bauen will. 2018 hat es das erste Mal geheissen, die Investorensubmission ist durchgeführt. Wir haben jetzt 2024. Es ist 6 Jahre her. Wer soll das künftig machen? Im Regionalverband hat man ein räumliches Entwicklungskonzept gemacht. Daraus müssen die Gemeinden ein räumliches Entwicklungsleitbild entwickeln, was sich am Schluss in einer Totalrevision von einer Bau- und Nutzungsordnung niederschlägt. Wer soll das machen? Wir hinken in Zofingen in der Bau- und Nutzungsordnung massiv hinterher. Seit Jahren sollten wir die Gewässerabstände und die IVHB revidiert haben. Wir sollten ebenfalls ein kommunales Bauinventar überarbeiten. Was ist schützens- und erhaltenswert? Wer soll denn das machen? Wir haben in der letzten Revision der BNO verschiedenste Areale in die Gestaltungsplanpflicht übernommen. Thema Rebberg Ringier Villa, Cartup und Swissprinters. Wer soll das von der Stadt aus mitbegleiten? In Zofingen entstehen 100 Wohnungen. Ich erinnere hier an die Schulraumplanung. Wir sind mittendrin. Wer soll die aktualisieren? Wer soll das begleiten? Energieplanung, Energiestrategie 2050? Wer soll das machen? 331 Stellenprozente in der Abteilung Tiefbau – viel Vergnügen! 50 Hektar Industrieland der Stadt. Wer soll das entwickeln, wer soll dort irgendetwas dazusagen? Für solche Projekte brauchen wir eine Stadtentwicklung. Ich bin kurz davor, einen Gegenantrag zu stellen, nämlich 100'000 Franken zu erhöhen. Zofingen soll sich künftig so entwickeln, dass wir attraktiv sind – attraktiv als Wohn- und Industriestandort. Wenn der Kanton im Richtplan einen Entwicklungsschwerpunkt definiert, muss das irgendjemand machen. Seit Jahren wird eine Immobilienstrategie gefordert, die nicht kommt. Für die Entwicklung einer Immobilienstrategie brauchen wir dringend eine Stadtentwicklung. Der Antrag der FDP soll unbedingt abgelehnt werden.

**Tobias Hottiger**, Einwohnerrat

Dass sich Michael Wacker für neue Stellen ausspricht und sich gegen Abbaumassnahmen wehrt, überrascht sicher niemanden. Wir haben verschiedene Meinungen in diesem Parlament André Kirchhofer meint mit "nicht beim Personal sparen" nicht, einfach Stellen aufzubauen, sondern, dass man nicht die Lohnerhöhung ablehnen oder kürzen soll.

Ich kann es nicht mehr hören: "Wir müssen attraktiv sein und deswegen das und das haben". Damit kann man jegliche Investition und jegliche Stellenerhöhung rechtfertigen. Es gibt keine Evidenz für das, was jeweils angeführt wird. Kann man das mit irgendeinem Parameter, wo man eine Zahl oder eine Entwicklung sieht, nachweisen? Man kann jede Stelle für sich nehmen und in einer isolierten Betrachtung argumentieren. Das macht dann immer Sinn. Wir kennen die Realität: In der Politik geht es um die Verteilung knapper Ressourcen. Wir müssen priorisieren. Wenn jede Stelle für sich betrachtet aufgrund der Pro-Argumente einfach angenommen wird, ist das ein Wunschkonzert. Hat jemand gemerkt, dass Zofingen bisher keine Stadtarchitektin hat? Man muss dazu eine Gesamtbetrachtung machen. Bei einer Reorganisation der Organisationsstruktur erwarte ich eigentlich, dass man effizienter wird und nicht, dass es dazu führt, dass man neue Stellen schafft. Das wurde schon letztes Jahr kritisiert. Wir zeigen in dem Sinne eine konsistente Haltung und die Kritik kam letztes Jahr auch von anderen Fraktionen.

**Gian Guyer**, Einwohnerrat

Hier geht es um eine existierende Stelle, nicht um eine neue Stelle. Das ist ein Affront gegenüber dieser Person, dass man diese Stelle kürzen will. Es wird sehr auf der operativen Ebene des Stadtrats diskutiert und nicht auf einer strategischen Ebene. Als man letztes Jahr Stellen gekürzt hat, hat man es dem Stadtrat offen gelassen, wo er die Ressourcen einsetzen will. Jetzt macht man das Gegenteil und redet ihm hinein. Es geht nicht Tiefbau. Es geht um Raumplanung. Es ist absolut gerechtfertigt.

---

**Ordnungsantrag von Attila Gygax auf Schluss der Diskussion**

**Abstimmung**

**Der Antrag wird mit 27:10 (ja/nein) Stimmen angenommen.**

---

**Michael Wacker**, Einwohnerrat

Vor Jahresfrist sind 400 Stellenprozente bewilligt worden. Der Stadtrat konnte sie frei einzusetzen. Es handelt sich um vorhandene Stellen. Sie sind jetzt im Budget in einer Position enthalten, die es bisher nicht gegeben hat.

Im Jahr 2008 sprach der damalige Stadtammann im Zusammenhang mit der unteren Vorstadt von Stadtentwicklung. Das war vor 16 Jahren. Im Jahr 2013 ist das erste Mal ein Verkauf von Parzellen im Umfang von 5 Millionen im Finanzplan eingestellt worden. Im Jahr 2014 hat es eine Informationsveranstaltung zu diesem Gestaltungsplan gegeben mit der Aussicht, dass 2016 angefangen wird zu bauen. Weil nichts gegangen ist, hat die SP im Jahr 2018 ein Postulat zur Umsetzung der unteren Vorstadt eingereicht. formuliert. Es wurde nicht überwiesen. Im Budget 2019 waren 50'000 Franken für die Investorensimulation eingestellt gewesen. Im Jahr 2024 sind wir nicht viel weiter. Es bleibt also liegen. Wir können uns im Wettbewerb als Standortgemeinde, als Wohnstandortgemeinde, als Gemeinde, die Arbeitsplätze entwickeln soll, nicht mehr leisten. Deshalb braucht es eine Person für die Stadtentwicklung, welche die Prioritäten setzt und einmal damit anfängt.

**Hans Rudolf Sommer**, Einwohnerrat

Die FGPK hat bei der Rechnungsprüfung 2022 eine Empfehlung gemacht hat, dass eine Stadtentwicklerin oder ein Stadtentwickler gut gebraucht werden könnte und es absolut notwendig ist. Die Empfehlung ist geblieben. Der Stadtrat hat die Empfehlung befolgt und die Stelle geschaffen. Diese Person ist hier anwesend und hat vor drei Monaten ihre Stelle angetreten. Das ist eine sehr eigenartige Diskussion.

**Tobias Hottiger**, Einwohnerrat

Es geht bei dieser Diskussion nicht in erster Linie um die untere Vorstadt. Es geht auch nicht um die Person. Das stellte ich hier klar. Wir haben bereits an der letzten Budgetsitzung die Haltung vertreten und darauf hingewiesen, dass es diese Stelle nicht benötigt, Das ist eine konsistente Haltung. Es ist unredlich, dies nun als Affront gegenüber dieser Person zu bezeichnen und uns dies so vorzuhalten.

**Christiane Guyer**, Stadtpräsidentin

Dieser Antrag soll abgelehnt werden. Die Streichung dieser Stelle im Bereich der Raumentwicklung wäre effektiv ein schwerer Rückschritt für die strategische Ausrichtung unserer Stadt und insbesondere für das Vorantreiben von wichtigen Arealentwicklungen wie Swissprinters, Cartub, untere Vorstadt, untere Vorstadt West, Frikartstrasse oder Bethge.

Ins Aufgabengebiet der Raum- und Stadtentwicklung gehört ebenso die Thematik der Schulraumplanung und der Verkehrsstrategie. Diese müssen wir übergeordnet vorantreiben. Ohne die personellen Ressourcen riskieren wir Verzögerungen und zusätzliche Kosten bei zentralen Vorhaben. Die vorgeschlagene Streichung dieser Stelle ist nicht nur strategisch falsch, sondern sie widerspricht auch der Empfehlung der FGPK, wie es erwähnt worden ist. Die Ressourcen für diese Stelle sind essenziell, um eben die nötigen Arealentwicklungen in unserer Stadt voranzutreiben und zu koordinieren. Für Investoren ist es wichtig, dass sie eine zentrale Ansprechperson haben, die klare Leitlinien übermittelt. Wenn man die Stelle streicht, entstehen längerfristig höhere Kosten.

Wenn Maik Müller sagt, es gäbe keine Ziele und es sei nicht klar, was man eigentlich tut, lade ich gerne zum Gespräch ein.

---

**Antrag der FDP/ZM-Fraktion**

*Die Aufwandposition im Konto 1.7900.3010.00, Beitrag an Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals, sei von CHF 236'300 auf CHF 100'000 zu reduzieren.*

**Abstimmung**

Der Antrag wird mit 15:18 (ja/nein) Stimmen abgelehnt.

---

**Marco Negri**, Einwohnerrat

Für die Fraktion ist das Begehren für einen City-Manager zu wenig konkret und zu wenig greifbar. In der stadträtlichen Beantwortung zu den Fragen der FGPK im Rahmen der Budgetprüfung sind einzelne Punkte skizziert worden, was diese Stelle erfüllen soll. Jedoch wird ausgeführt, dass ein detaillierter Stellenbeschrieb und ein Kompetenzenheft noch in Erarbeitung sind. Diese Informationen genügen der Fraktion nicht, dieser Stellenaufstockung statt zu geben.

Damit der Stadtrat nicht dasselbe macht wie bei der Budgetkürzung letztes Jahr, die gekürzten Stellenprozente erst mit dem Puffer zu verrechnen, stellen wir den Antrag, den Betrag für die Stelle eines City-Managers direkt auf der Finanzposition zu kürzen.

### Antrag

*Die Position 8400.3010.00 "Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals" sei um CHF 70'000 auf neu CHF 401'100 zu reduzieren.*

### **Adrian Gaberthüel**, Einwohnerrat

Angefangen hat das Thema des City-Managers in der Stadtmarketingkommission. Es sollte sich eine Person um die Altstadt kümmern. In den Medien konnte gelesen werden, wie diese Person in kleineren und grösseren Städten eingesetzt wird. Dann im Rahmen des Altstadtprozesses war City-Management eine Massnahme, die man umsetzen wollte. Eine Art City-Management gab es in Zofingen bereits früher mit der IG Geschäfte und später mit dem Verein PIAZZA. Der Aufwand für die Organisation war sehr gross. Dies frustrierte und überforderte die betreffenden Personen, weshalb es schliesslich scheiterte. Diese Arbeit wurde nebst dem eigentlichen Beruf ausgeübt.

Im Altstadtprozess gelangten immer mehr an den Gewerbeverein, dies und das zu tun. Es gab immer mehr Anfragen über Leerstände in der Altstadt. Sogar eine Bewerbung als City-Manager ist beim Gewerbeverein eingetroffen.

Es braucht eine solche Stelle. Die Mitglieder des Gewerbevereins befürworten aufgrund einer Umfrage positiv ein City-Management. Eine Anlaufstelle für das Gewerbe, die Immobilienbesitzer, die Gastronomie und die Altstadtbewohnenden, die koordiniert.

Letztlich geht es um die Finanzierung. Dass der Stadtrat nun diese Stelle für ein City-Management schaffen will, wird begrüsst. Die Altstadt soll nicht sich selbst überlassen werden und irgendwann zu eine Aussenstation auf dem Rundgang des Ballenbergs werden. Jetzt besteht die Chance, etwas für das Zofinger Gewerbe zu tun. Der Antrag soll deshalb abgelehnt werden.

### **Michael Wacker**, Einwohnerrat

Das City-Management wurde in der Fraktion intensiv diskutiert. Ich selbst war skeptisch. Es gibt bspw. ein Stadtmarketing und einen Wirtschaftsförderer. Ich habe mich informiert, was andere Gemeinden diesbezüglich tun und bin mittlerweile überzeugt, dass diese Stelle Sinn macht.

Wie erwähnt, gab es bereits in der Vergangenheit eine Art City-Management, das hervorragende Arbeit geleistet hat und Aktivitäten in die Altstadt gebracht hat.

Der Stadtrat hat mit der Schaffung der Stelle schnell gehandelt, Kompliment. Eventuell ist sie noch etwas unausgereift. Ich stelle deshalb die Frage, die Stelle erst auf ein oder zwei Jahre zu befristen und dann definitiv zu entscheiden.

In Luzern wurde im Jahr 2018 ein Postulat zur Schaffung eines City-Management eingereicht. Im Juni 2022 hat der Stadtrat Bericht und Antrag gestellt und ein Vorgehen sowie einen Zeitplan definiert. Im August 2024 wurde die Stelle in Betrieb genommen. Interessant sind die involvierten Stakeholder. Quartierverein sind eingebunden und es gibt finanzielle Beteiligungen seitens der Hotellerie, der Gastronomie, des Altstadtgewerbes und die Stadt ist ein Teil davon.

In der Fraktion haben wir uns die Frage gestellt, ob es Aufgabe der öffentlichen Hand ist, für Private ein Portfoliomanagement zu machen und eine Maklerfunktion zu übernehmen. Vom Hintergrund des Altstadtgewerbes und einer attraktiven Altstadt kann es durchaus Sinn machen. Es sollte aber nicht einfach durch die Einwohnergemeinde resp. durch die Steuerzahlenden finanziert werden. Diesbezüglich sind Ausführungen vom Stadtrat gewünscht.

### **Christiane Guyer**, Stadtpräsidentin

Die Frage der Befristung haben wir uns auch gestellt. Bei einer solchen Aufgabe ist entscheidend, eine geeignete Person zu finden. Die Situation am Arbeitsmarkt ist uns allen bekannt. Deshalb wurde eine Befristung als nicht sinnvoll erachtet. Wenn eine positive Wirkung nach etwa drei Jahren ausbleibt, kann die Situation neu beurteilt werden.

Um unsere Altstadt lebendig zu behalten, benötigt es eine Investition. Das ist ein Angebot der Bevölkerung und der Stadt an das Gewerbe. Es soll weniger Leerstände, weniger Schliessungen und mehr Frequenzen geben.

Der Stellenbeschrieb wurde bewusst nicht in jedes Detail fixiert. Er soll in gemeinsamer Arbeit zusammen mit dem Gewerbeverein finalisiert werden. Es soll Wirkung erzielt werden, damit die Altstadt belebt werden kann. Es soll eine Anlaufperson für das Gewerbe, den Gewerbeverein, den Detailhandel, die Gastronomie, die Liegenschaftsbesitzer und die kleinen Ladenbesitzer sein.

Der Antrag soll deshalb abgelehnt werden.

**Peter Siegrist**, Stadtrat

Die Kürzung um CHF 70'000 ist zu hoch angesetzt für das City-Management. Das würde für bestehende Stellen Lohnkürzungen bedeuten.

**Christiane Guyer**, Stadtpräsidentin

Es gab auf dieser Position zudem eine kostenneutrale Aufgabenverschiebung von der Stadtkanzlei hin zum Stadtbüro im Umfang von 10 %.

Für das City-Management ist ab April 2025 eine 60 % Stelle mit CHF 50'000 eingerechnet.

**Marco Negri**, Einwohnerrat

Ich frage jetzt nicht, ob das wirklich stimmt. Denn im Stellenplan ist lediglich die Differenz von 60 % ersichtlich und nicht mehr.

*Der Antrag wird wie folgt angepasst:*

**Antrag**

*Die Aufwandposition im Konto 1.8400.3010.00, Beitrag an Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals, sei um CHF 50'000 auf neu 421'100 zu reduzieren, plus die entsprechenden Sozialversicherungsbeiträge anzupassen.*

**Adrian Gaberthüel**, Einwohnerrat

Bezüglich Leerstände: Die Idee ist nicht, dass die Stadt Immobilien kauft, vermietet und vermarktet. Es geht um eine erste Ansprechstelle und die Koordination sowie das Prüfen von Optionen, wenn eine Schliessung ansteht.

Bezüglich Aufgabenhefts des City-Managers: In Rheinfelden bspw. gibt es einen Führungsausschuss, der sich aus dem Stadtpräsidenten, dem Gewerbevereinspräsidenten, aus Vertretern des Altstadtvereins und einem externer Detailhandelsspezialisten zusammensetzt, welche das City-Management gemeinsam führen und die Ziele und Projekte definieren.

Der Gewerbeverein ist offen, weiterhin ins Altstadtgewerbe zu investieren; nicht die Stadt zahlt alles. Alle sollen mithelfen.

**Marco Negri**, Einwohnerrat

Mit dem Stadtmarketing und dem Wirtschaftsförderer gibt es bereits zwei Gefässe in diese Richtung, die solche Aufgaben übernehmen könnten. Der Wirtschaftsförderer soll sich nicht nur um die Industrie kümmern, sondern auch um das Gewerbe. Das Gewerbe selbst kann mit Eigeninitiative dazu beitragen. Die Aufgaben müssen untereinander entsprechend koordiniert, gebündelt und strukturiert werden. Diese Aufgaben sind erster Linie durch die Privaten wahrzunehmen und können nicht einfach dem Staat abgegeben werden. Dem Antrag soll deshalb gefolgt werden.

---

## Ordnungsantrag von Attila Gygax auf Schluss der Diskussion

### Abstimmung

Der Antrag wird mit 19:15 (ja/nein) Stimmen angenommen.

---

### Andrea Plüss, Einwohnerrätin

Der Antrag der SVP soll abgelehnt werden. Der City-Manager kümmert sich um die Anliegen und um die Fragen. Er sucht den Kontakt zu all denen, die Ladeflächen zu vermieten haben. Das kann nicht einfach dem Wirtschaftsförderer übergeben werden. Er ist mit dem Bisherigen ausgelastet.

Der Stadtrat hat an drei Wirkungsmechanismen gedacht und aufgezeigt, was der City-Manager bewegen soll und sieben Aufgaben definiert. Die Ausgestaltung der Stelle soll dann die Situation und die Veränderungen der Zeit berücksichtigen. Grosse Flächen können überbaut werden und Zofingen wird wachsen. Mit einem City-Manager kann einer unattraktiven Schlafstadt Zofingen entgegen gewirkt werden.

### Christiane Guyer, Stadtpräsidentin

Das Thema ist kein Selbstzweck und Aufgaben werden nicht einfach so zu eigen gemacht. Die Altstadt soll erhalten bleiben, wie sie ist, mit einem guten Ladenmix. Es gibt aber tote Schaufenster und anstehende Ladenschliessungen. Dagegen muss für die Bevölkerung von Zofingen und die Altstadt etwas unternommen werden. Der Antrag soll deshalb abgelehnt werden.

---

## Antrag der SVP-Fraktion

*Die Aufwandposition im Konto 1.8400.3010.00, Beitrag an Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals, sei um CHF 50'000 auf neu 421'100 zu reduzieren, plus die entsprechenden Sozialversicherungsbeiträge anzupassen.*

### Abstimmung

Der Antrag wird mit 18:14 (ja/nein) Stimmen angenommen.

---

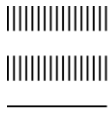
### Béatrice Zinniker, Einwohnerrätin

Zu Seite 103, Konto 1.9610.3401.00, Verzinsung Finanzverbindlichkeiten: Der Zinsaufwand für das Fremdkapital wird im Vergleich zur Rechnung 2023 im Jahr 2025 um ca. CHF 630'000 ansteigen. Das ist ein grosser Betrag und auf die Refinanzierung bestehender Darlehen zurückzuführen. Die Zinskonditionen haben sich geändert. Ein weiterer Grund ist die Aufnahme von weiteren Finanzverbindlichkeiten zur Finanzierung aller Investitionen.

Die FDP hat vor drei Jahren ein Postulat platziert und eine Immobilienstrategie gefordert und eine Überarbeitung des Portefeuilles. Es ist noch nicht beantwortet. Ich fordere den Stadtrat auf, dieses dringend an die Hand zu nehmen. Die Finanzperspektiven sind schlecht. Es sollte alles unternommen werden, um die hohen Schulden in Grenzen zu halten.

### Andreas Rügger, Vizestadtpräsident

Die Immobilienstrategie ist erarbeitet. Das ist ein laufender Prozess. Der Vorstoss ist noch pendent, das ist richtig. In gewissen strategischen Entscheiden ist sich der Stadtrat noch nicht einig, was verkauft oder nicht verkauft werden soll. Die Strategie steht und konzentriert sich vor allem auf die Schulliegenschaften, was mit dem bestehenden Raum angestellt werden soll. In der Finanz- und Investitionsplanung sieht man, dass wir dort sehr tätig sind.



**Béatrice Zinniker**, Einwohnerrätin

Es geht mir nicht um Schulliegenschaften, um Liegenschaften, die für die öffentliche Aufgabenerfüllung benötigt werden. Es geht um die Liegenschaften im Finanzvermögen, bei welchen wir nicht wissen, wie wir sie verwenden wollen und nicht brauchen – bspw. den Sennenhof oder die Vordere Hauptgasse. Hier sollte man sich Gedanken machen, diese abzustossen.

**Andreas Rügger**, Vizestadtpräsident

Die Beantwortung des Postulats ist in Bearbeitung. Bei einer der angesprochenen Liegenschaften ist ein definitiver Entscheid noch nicht gefallen.

**Raphael Lerch**, Einwohnerrat

Es geht um einen Antrag, der in dieselbe Richtung geht, wie die Ausführungen von Béatrice Zinniker. Der Betrag von CHF 65'000 für ein Vorprojekt beim Sennenhof soll gestrichen werden. Zudem haben wir ein Postulat eingereicht, das die Prüfung der Verkäufe des Sennenhofs sowie der Liegenschaft der Parfümerie Schütz vorsieht.

In den Erläuterungen steht, es handle sich um eine Umnutzung. Von einer Strategie hört man nichts. Die Einwohnergemeinde Zofingen scheint genug ehrwürdigen Liegenschaften zu haben, die renovationsbedürftig sind. Im Sennenhof sind in den nächsten Jahren im Investitionsplan rund CHF 1 Mio. eingestellt. Diese Liegenschaft wird nie rentabel werden; ebenso wenig jene an der Bachgasse. Was an diesen Liegenschaften strategisch sein soll, konnte bisher nicht beantwortet werden.

Der Antrag soll unterstützt werden, damit Liegenschaften aus dem Finanzvermögen abgestossen werden, die nicht gebraucht werden.

**Michael Wacker**, Einwohnerrat

Das ist ein guter Antrag. Der Stadtrat hat ausgeführt, dass die Immobilienstrategie stehe, aber die Liegenschaften im Finanzvermögen noch nicht spruchreif seien. Im Budget wird nun ein Betrag für eine Umnutzung beantragt. Für was die Umnutzung sein soll, wird nicht ausgeführt. Für das brauchen wir eben eine Stadtentwicklerin. Wenn der Stadtrat die Strategie vorlegt, wird das Geld gesprochen, sonst nicht.

**Andreas Rügger**, Vizestadtpräsident

Die Immobilienstrategie ist ein laufender Prozess, der dauerhaft ist. Der Stadtrat kann die Erwartungen des Einwohnerrats, wie sie gefordert werden, nicht erfüllen. Es kann ein Zwischenstand präsentiert werden, nicht aber ein Endversion der Immobilienstrategie. Ständig haben wir andere Situationen. Durch das Wachstum ändern sich die Schulraumplanung und die Stadtentwicklung. Die Strategie muss immer wieder angepasst werden. Beim Sennenhof sind 65'000 Franken für eine zukünftige Entwicklung des Gebäudes eingesetzt. Das ist ein Teil der Strategie, dass Renditeliegenschaften unterhalten werden. Diesbezüglich wurden wir auch schon kritisiert, Liegenschaften verlottern zu lassen. Die Planung sieht dort ab dem Jahr 2027 eine energetische Sanierung vor und es sind für einen Heizungsersatz 850'000 Franken im Finanz- und Investitionsplan eingestellt. Das ist Teil unserer minutiösen Unterhaltsplanung und basiert auf dieser Immobilienstrategie. Ebenso, dass wir gewisse Renditeliegenschaften haben. Mit der Bachgasse wird bspw. regelmässig gutes Geld verdient und eine Rendite erzielt. Im Rahmen des politischen Vorstosses wird das beantwortet.

**Raphael Lerch**, Einwohnerrat

Der Sennenhof hat knapp 3 Mio. Franken gekostet und 1 Mio. soll noch investiert werden. Eine Arztpraxis und ein paar Hochzeiten im Jahr machen aus dem Sennenhof bestimmt kein Renditeobjekt.

**Andreas Rügger**, Vizestadtpräsident

Die Rede war vorhin nicht vom Sennenhof sondern von der Bachgasse. Der Sennenhof muss entwickelt werden, damit er eine Renditeliegenschaft werden kann. Wem dem nicht so ist, steht ein Verkauf durchaus zur Diskussion.

---

### Antrag der SVP-Fraktion

*Die Aufwandposition im Konto 1.9630.3430.40, Baulicher Unterhalt Gebäude, sei für ein Vorprojekt für die Sanierung des Sennenhofs um CHF 65'000 auf neu CHF 154'600 zu reduzieren.*

### Abstimmung

Der Antrag wird mit 27:6 (ja/nein) Stimmen angenommen.

---

**Tobias Hottiger**, Einwohnerrat

Zu Seite 104, Konto 1.9610.4451.00, Dividende StWZ Energie AG: Der eingestellte Betrag von 1,1 Mio. ist mehr als in der Rechnung 2023. Wenn man die Situation verfolgt, weiss man, dass das Marktumfeld anspruchsvoll ist. Ist diese Prognose mit der StWZ abgesprochen oder ist das eine Einschätzung des Stadtrats?

**Peter Siegrist**, Stadtrat

Das ist mit der StWZ abgesprochen.

**Michael Wacker**, Einwohnerrat

Bemerkung zu Seite 121, Konto 1.1610.5040.00, Hochbauten: Im GMS sind für einen Abzug in der Militärküche CHF 120'000 eingestellt. Diese Position ist im Finanzplan das erste Mal enthalten. Es erstaunt, dass man erst im Jahr 2024 sieht, dass das im 2025 ausgeführt werden muss. Dasselbe gilt beim Investitionsprojekt 00338 auf Seite 122, Konto 1.2170.5040.00, Ersatz Schliessanlage Schulareal Mühlethal, CHF 175'100. Das ist ein hoher Betrag für den Ersatz von ein paar Schlösser, um unberechtigte Zutritte zu vermeiden. Das geht auch günstiger.

### Antrag

*Die Aufwandposition im Konto 1.2170.5040.00, Ersatz Schliessanlage Schulhaus Mühlethal, sei um CHF 175'100 zu streichen.*

**Andreas Rügger**, Vizestadtpräsident

Es ist korrekt, dass diese Position von der Militärküche nicht enthalten war. Wir wurden selbst davon überrascht. Die Militäranlagen werden intensiv genutzt, dementsprechend ist der Verschleiss hoch. Es wurde deshalb das Bedürfnis angemeldet, die Lüftung und die beiden Kessel zu ersetzen. Diese Investition ist notwendig, damit die Anlage weiterhin gut ausgelastet werden kann damit Geld verdient werden kann.

Die Schliessanlage beim Mühlethal ist eine komplexe Angelegenheit. Der Stadtrat hat lange darüber diskutiert, ob es dies effektiv benötigt. Er beschloss, an einem kleinen Objekt einen Schliessplan zu erstellen, der nachher für eine Gesamtplanung auf die Stadt adaptiert werden kann. Es sollen diesbezüglich auch Erfahrungen mit einer öffentlichen Submission gemacht werden, damit später beim Grossprojekt OSZ A nicht mehr viel justiert werden muss und das Risiko mit der Submission minimiert werden kann. Der Stadtrat hat sich von diesem Vorgehen überzeugen lassen, weshalb der Betrag so bewilligt werden soll.

**Michael Wacker**, Einwohnerrat

Jetzt wird im Mühlethal bei einem kleinen Objekt eine Übungsanlage für 175'000 Franken hinsichtlich des OSZ erstellt.

Für das OSZ A hat der Einwohnerrat und das Stimmvolk eine Kreditlimite gesprochen, die einzuhalten ist. Das gehört in eine saubere Projektplanung hinein, dass solche Übungsanlagen nicht benötigt werden. Sonst haben wir ein deutliches Problem in der Projektierung und der Budgetierung von solchen Objekten, wenn es für eine saubere Ausschreibung bei einem bewilligten Projekt mit einer Finanzobergrenze zusätzlich 175'000 Franken braucht.

**Andreas Rügger**, Vizestadtpräsident

Die Planung einer Schliessanlage ist hoch komplex. Wir können anhand des Mühlethals die ganze Submission durchspielen. Wir können eine Systemwahl durchziehen. Wir können alles minutiös planen und dies anschliessend ohne grosses Risiko auf das OSZ A umsetzen, damit eben die Kreditlimite eingehalten werden kann. Die Gesamtplanung beim OSZ A verläuft gut. Wir könnten uns das erlauben, wollen die erarbeiteten Reserven damit aber nicht riskieren.

**Attila Gygax**, Einwohnerrat

Der Antrag soll angenommen werden. Gemäss den Ausführungen des Stadtrats ist das eine intransparente Verschiebung von Projektkosten auf ein anderes Objekt.

---

**Antrag von Michael Wacker**

*Die Aufwandposition im Konto 1.2170.5040.00, Ersatz Schliessanlage Schulhaus Mühlethal (INV00338), sei um CHF 175'100 zu streichen.*

**Abstimmung**

**Der Antrag wird mit 26:10 (ja/nein) Stimmen angenommen.**

---

**6. Kreditkontrolle** (Seiten 135 ff.)

*Keine Wortmeldungen*

**7. Stellenpläne 2025** (Seiten 141 ff.)

**Carla Fumagalli**, Einwohnerrätin

Es wird beantragt, das Total der Stellenprozente auf dem Stand von 2024 zu belassen und die beantragte Erhöhung um 310 Stellenprozente nicht zu bewilligen. Die Begründung wurde vorgängig allen Fraktionen zugestellt. Es verbleiben immer noch 280 Stellenprozente zur freien Verfügung, mit der Ausnahme des für City-Managements. Das ist ein guter Spielraum, im Rahmen der Budgetsituation etwas Sinnvolles umsetzen zu können. Bspw. im Hochbau besteht ein Bedürfnis, auch seitens Bevölkerung. Allerdings wird es dem Stadtrat überlassen, in welche Stellen er investieren will.

Die 280 Stellenprozente setzen sich zusammen aus der Verschiebung von 200 Stellenprozenten der Integrationsfachstelle hin zu zofingenregio, einer Reduktion von total 60 Stellenprozenten in der Abteilung Personal sowie dem restlichen Stellenpuffer von 20 Stellenprozenten des Jahrs 2024.

**Christiane Guyer**, Stadtpräsidentin

Der Antrag soll abgelehnt werden. Finanziell wurde vorher bereits eine Entscheidung gefällt, in dem die Stelle für ein City-Management abgelehnt worden ist. Der Stadtrat beantragt lediglich die Stellen, die wirklich nötig sind. In der Phase der Budgeterarbeitung sind aus den einzelnen Ressorts und Bereichen vielmehr Anträge gestellt worden, als der Stadtrat dem Einwohnerrat jetzt beantragt.

---

### Antrag der glp-Fraktion

*Das Total Stellenprozente der Einwohnergemeinde sei von 16'799 um 310 auf 16'489 zu reduzieren.*

### Abstimmung

Der Antrag wird mit 23:14 (ja/nein) Stimmen angenommen.

---

### 8. Anträge (Seite 148)

*Keine Wortmeldungen*

*Die Investitions- und Finanzpläne 2025–2034 werden im Detail beraten.*

### 1. Einleitung (Seiten 3 f.)

**Tobias Hottiger**, Einwohnerrat

Die Investitions- und Finanzpläne nehmen wir zur Kenntnis und können keine Änderungen beschliessen. Es ist wichtig, trotzdem darüber zu diskutieren. Es ist sogar wichtiger als das, was im Budget 2025 enthalten ist. Es zeigt die Richtung, in die sich die Stadt in den nächsten 10 Jahren bewegen wird.

Es ist erfreulich, wenn der Stadtrat in der Einleitung auf Seite 3 ein Zeichen mit einer Obergrenze der Nettoverschuldung setzt und den Richtwert für die maximale Nettoschuld pro Einwohnerin und Einwohner bei 2'000 Franken festsetzt.

In den nächsten 10 Planungsjahren wird dieser Wert achtmal verfehlt und dies deutlich. Da war die Freude schnell wieder verfliegen. Wenn der Stadtrat schreibt, dass dennoch eine Abweichung innerhalb des Betrachtungshorizont möglich sein soll, sollten diese Ausnahmen an klare Kriterien geknüpft werden, sonst ist es Makulatur. Ich gehe davon aus, dass der Stadtrat für Abweichungen solche Kriterien hat. Das würde mich interessieren.

**Peter Siegrist**, Stadtrat

Dem Stadtrat war bewusst, als er diese Limite von CHF 2'000 pro Kopfverschuldung festlegte, dass dies nicht pro Jahr möglich sein wird. Es sind aktuell CHF 56 Mio. vom Einwohnerrat an bewilligten Krediten ausstehend. Bei einer Selbstfinanzierung von CHF 5 Mio. muss Fremdkapital in einer kürzeren Periode aufgenommen werden. Innerhalb des 10-jährigen Planungshorizonts soll es wieder wett gemacht werden, so dass am Ende die Verschuldung wieder unter diesem Wert von CHF 2'000 liegt. Wenn Investitionen getätigt werden, erreicht es einen Peak, mit den anschliessenden Abschreibungen steigt die Selbstfinanzierung und die Verschuldung geht zurück. Jedes Jahr die Grenze von CHF 2'000 einzuhalten ist deshalb nicht möglich.

**Tobias Hottiger**, Einwohnerrat

Der Vorwurf liegt nicht in den Investitionen, sondern in den Ausführungen. Offenbar gibt es keine Kriterien, wann davon abgewichen werden kann. Mit anderen Worten, man kann beliebig davon abweichen. Somit kann man es streichen.

**Béatrice Zinniker**, Einwohnerrätin

Gemäss den Ausführungen wird der Wert im Jahr 2034 erreicht. Darüber hinaus sind im Investitionsplan ab 2035 weitere Investitionen von CHF 94 Mio. vorgesehen (bspw. OSZ B). Das Problem wird weiter bestehen bleiben und der Wert von CHF 2'000 wird über Jahre nicht erreichbar sein.

Zum Finanz- und Investitionsplan generell: Wenn die Gesamtsumme über die 10 Jahre mit dem Vorjahr verglichen wird, besteht eine Differenz von CHF 20 Mio. mehr. Bestimmt sind noch nicht alle Projekte aufgeführt. Solche Sprünge sind nicht das erste Mal. Das ist sehr besorgniserregend.

**Christiane Guyer**, Stadtpräsidentin

Der Stadtrat hat darüber diskutiert, ob er diese Zahl aufführen will. Er will damit sein Bestreben aufzeigen. In den Jahreszielen 2025 steht, dass es eine klare und nachhaltige Finanzstrategie geben soll, die weitere Parameter enthält. Dieser Wert von CHF 2'000 muss also in Relation betrachtet werden. Es gibt Schwankungen und Unschärfen. Auf fünf Jahre hinaus ist es relativ scharf und danach eher schwierig. Wenn man die Verschuldungszahlen in den Finanz- und Investitionsplänen aus früheren Jahren (2016–2023) betrachtet, stellt man fest, dass es diese Schwierigkeiten mit der Schärfe immer gab: Wie fallen die Fiskalerträge aus, was kommt wann und wie, welche Parameter treffen zu usw.

Dem Stadtrat ist es ein Anliegen, dass die Entwicklungen möglichst gut voraussehbar sind. Die Vergangenheit hat es gezeigt: Das Budget war meist negativer, als die Rechnung dann ausgefallen ist. Und das wird auch 2024 so sein.

**2. Investitionspläne (Zusammenfassung und Anmerkungen zu Projekten) (Seiten 5 ff.)**

*Keine Wortmeldungen*

**3. Finanzpläne (Seiten 23 ff.)**

**Tobias Hottiger**, Einwohnerrat

Wir haben hohe Investitionen, welche ab 2031 rapide abnehmen. Ist das realistisch? Es gibt ein konstantes Bevölkerungswachstum in Zofingen, welches Investitionen mit sich bringt. Die Investitionstätigkeit müsste eigentlich grösser werden. Es entsteht der Eindruck, dass die Investitionsrechnung ab 2031 geschönt ist. Eventuell gibt es dafür eine gute Erklärung seitens Stadtrats.

Im Text auf den Seiten 24 und 25 steht, dass ab dem Jahr 2030 der Turnaround passieren soll. Es ist nicht klar, wie man das herleitet. Geht das durchschnittliche Steuersubstrat pro Einwohner ab 2030 wirklich so deutlich wieder hinauf? Welches sind die Gründe zu dieser Annahme?

Auf Seite 25 ist eine Finanzstrategie erkennbar. Der Stadtrat führt Massnahmen zur Optimierung auf, wie man dem entgegentreten könnte: Leistungsabbau (in der Erfolgsrechnung bei den Ausgaben ansetzen), die Investitionstätigkeit partiell verringern und die Ertragsseite verbessern (Steuerersatz erhöhen). Das sind alles legitime politische Haltungen. Die Frage ist: Wieso trifft der Stadtrat den Entscheid nicht jetzt und reagiert, wenn Handlungsbedarf besteht? Es sind unangenehme Entscheidungen und nicht immer einfach. Da werden gewisse Begehrlichkeiten angetastet, auch auf der Ertragsseite. Aber es ist die Verantwortung des Stadtrats. Die Optionen sind vorhanden. Es geht nicht bis ins Jahr 2030 zuzuwarten und es anderen zu überlassen. Das ist nicht annehmbar.

**Peter Siegrist**, Stadtrat

Eine Planung in die Zukunft auf zehn Jahre ist eine schwierige Aufgabe. Wir können die Bedürfnisse aus den einzelnen Bereichen sammeln und aufführen. Dann gibt es zwei Möglichkeiten: Verzichtserklärungen oder eine Steuerfusserhöhung. Eine Steuererhöhung um ein Prozent bedeutet aktuell Mehreinnahmen von ca. CHF 300'000. Eine Million Mehrertrag benötigen rund 3 Steuerprozent. Die Immobilienstrategie kann auch einen Einfluss haben, wenn nicht rentable Liegenschaften verkauft würden und mehr Mittel zur Verfügung stehen. Das hat Einfluss auf die Selbstfinanzierung. Ebenso das Thema Seniorenzentrum, hat einen Einfluss auf die Rechnung. Auf Vorrat sollte jedoch nichts unternommen werden. Auf 5 Jahre sind wir recht gut in der Planung. Das macht der Kanton auch so. Was weiter hinausgeht, wird ungenau. Wir können es sammeln, korrigieren und neue Er-

kenntnisse einbauen. Die Frage ist, wann der richtige Zeitpunkt für einen Verzicht oder eine Steuererhöhung ist. Diese Frage soll in der Finanzstrategie überlegt werden. Ein zu früher Zeitpunkt würde von der Bevölkerung wohl nicht akzeptiert.

**André Kirchhofer**, Einwohnerrat

Eine Strategie heisst nicht zu warten, bis sich der Spielraum dermassen verengt, dass ausser einer Steuererhöhung nichts anderes mehr übrigbleibt. Eine Steuererhöhung kann mit einer Abstimmung durchgezogen werden. Die Disziplin auf der Aufgabenseite ist eine mehrjährige Arbeit. Wenn man zuwartet, verengt sich der Handlungsspielraum, so dass auf der Ausgabenseite nichts mehr gemacht werden kann. Jede Stelle, die in diesem Budget bewilligt wird, wird man nicht mehr wegbringen. Das zeigen die Erfahrung und die Zahlen eindeutig.

Wer das Budget sowie die Finanz- und Investitionspläne einigermaßen interpretieren kann, wird feststellen, dass sich der Handlungsspielraum verringern wird.

Der Stadtrat hat eine Finanzstrategie, diese steuert allerdings direkt auf eine Steuerfusserhöhung zu. Ob wir das gut finden oder, nicht ist eine legitime Haltung. Es sollte aber rechtzeitig auf den Tisch gelegt werden. Die Bevölkerung hat das Anrecht, diese Frage an der Urne zu klären und dies nicht erst, wenn man keinen Handlungsspielraum mehr hat.

**Attila Gygax**, Einwohnerrat

Wie wir gehört haben, gibt es die zwei Möglichkeiten: Weniger Geld auszugeben oder zu schauen, dass man mehr Geld einnimmt. Der Stadtrat entscheidet sich für eine dritte Möglichkeit, nämlich nichts zu machen und das Problem den Nächsten zu überlassen. Das ist der Unmut, der man hier heute spürt.

**Stéphanie Szedlák**, Einwohnerrätin

Die Aussagen von Stadtrat Peter Siegrist irritieren. Es klingt, als wäre der Einwohnerrat in erster Linie für die Zahlen verantwortlich. Dann ist immer noch unklar, wieso es ab 2031 anders werden sollte. Diese Frage ist noch nicht beantwortet. Die Massnahmen sind uns allen klar. Es scheint, der Stadtrat wolle fix den Steuerfuss erhöhen.

**Christiane Guyer**, Stadtpräsidentin

Es wird zum Teil in Globo gesagt, der Stadtrat wartet und macht nichts. Das ist nicht so. Vielleicht kommunizieren wir zu wenig. Darum sind im nächsten Jahr vier Informationsveranstaltungen für den Einwohnerrat geplant.

Wenn man die Investitionspläne der letzten 15 Jahren anschaut, ist es immer das gleiche Bild gewesen: Es gibt eine Investitionswelle und gegen Schluss flacht es wieder ab.

Das Ziel ist grundsätzlich, dass die Investitionen auf der Zeitachse möglichst gut verteilt werden können. Trotzdem gelingt es uns nicht immer.

Die Unterstellung, dass der Stadtrat einfach das Ziel einer Steuerfusserhöhung verfolgt, wird zurückgewiesen. Der Stadtrat hat als Legislaturziel erklärt, den Steuersatz bei 99 Prozent behalten zu wollen. Im Jahr 2020 hat der damalige Stadtrat gesagt, im Jahr 2023 werde eine Steuerfusserhöhung von 5 Prozent benötigt, damit alle Investitionen getätigt werden können. Das wären 104 Prozente gewesen. Wir sind über 2023 hinaus und haben mittlerweile noch ein Vermögen.

Es ist richtig, dass eine Steuerfusserhöhung nicht auf Vorrat angekündigt wird, sondern dann, wenn es die letzte Massnahme ist, die es braucht.

**Peter Siegrist**, Stadtrat

Durch die Steuereinnahmen und das Bevölkerungswachstum wird das Finanzergebnis ab 2031 kontinuierlich besser. Ebenso wird die Selbstfinanzierung durch die Abschreibungen erhöht. Deshalb spricht man dort von Turnaround.

Ob die Korrekturen des Kantons das Jahr 2025 betreffen, wissen wir noch nicht. Es gab in der Vergangenheit Dellen, anschliessend stieg es wieder an. Ob dies auch im Jahr 2026 so eintreten wird, muss abgewartet werden. Es wäre deshalb jetzt der falsche Zeitpunkt für eine Steuererhöhung. Diese Frage kann gestellt werden, wenn es dann um das Oberstufenzentrum zweiter Teil geht.

**4. Ausblick** (Seiten 30 f.)

*Keine Wortmeldungen*

**Michael Wacker**, Einwohnerrat

Ich habe mir überlegt, einen Antrag zu stellen, ob ich nach der Schlussabstimmung das Budget, je nach Bewilligung oder Ablehnung, der Urnenabstimmung zu unterstellen.

Aufgrund der getätigten Beschlüsse macht es allerdings keinen Sinn. Man müsste der Stimmbevölkerung erklären, weshalb das Budget aus unserer Sicht abgelehnt werden sollte.

Wenn der Einwohnerrat so weitermacht, dann werden wir die Steuererhöhungen früher beantragen müssen, als es uns allen lieb ist, weil wir die laufende Rechnung in den Sand setzen.

Mit dem Antrag der glp haben wir das Niveau der Stellenprozenten auf dem Stand des Jahrs 2024 eingefroren und wir haben die Stelle eines City-Managers gestrichen.

Mit den freien 280 Stellenprozenten ist es sicher nicht möglich, irgendwo im Bereich der Kultur oder der Gesellschaft noch in Stellen zu investieren. Dieses Ressort liegt jetzt einfach brach. In der Begründung der glp heisst es, es sollen refinanzierbare Stellen sein oder Stellen, die wir zwingend machen müssen. Es liegt ein Antrag aus dem, Bereich Finanzen und Controlling für eine Erhöhung im Betriebsamt von 100 Prozent vor. Das ist zwingend. Es gibt eine hohe Unzufriedenheit im Bereich der Bauverwaltung. Baugesuche bleiben ewige Zeiten liegen. Auch in der Liegenschaftsbewirtschaftung gibt es Probleme. Da hat der Stadtrat 80 Prozent beantragt. Das wird auch als zwingend betrachtet. Ergibt Total 180 Prozente. Für die Fusion der Zivilschutzorganisationen sind aufgrund von Gemeindeverträgen zwingend 100 Prozent nötig. Jetzt sind die 280 Prozent ausgeschöpft.

Zum Thema Steuererhöhungen: Im Bereich Soziales schreibt der Stadtrat im Budget auf Seite 144: "Die an die Firma Convalere ausgelagerten Fälle in den Bereichen Asyl und Flüchtlinge sollen schrittweise wieder in den Bereich Soziales zurückgeführt werden. Um dieses Vorhaben umzusetzen, werden 50 Stellenprozente beantragt." Im Budget 2024 sind für die Firma Convalere CHF 442'000 eingesetzt gewesen. Im Jah 2025 budgetiert man CHF 346'000 Franken. Das sind also rund CHF 100'000. Das wird mit einer 50-Prozent-Stelle wett gemacht. Rechnen wir die Stelle hoch, sind das 200'000 Franken. Das heisst im Umkehrschluss: Die externe Dienstleistung ist massiv teurer, als wenn wir es selbst machen. Wenn wir weiterhin bei den notwendigen Stellen schmarotzen, dann werden wir vielleicht schon 2027 über eine Stellenerhöhung hier drin sprechen, die nicht dem Investitionsplan geschuldet ist, sondern einfach dem trotzigen Verhalten des Einwohnerrats.

**Carla Fumagalli**, Einwohnerrat

Wie man das rechnet und welche Stellenprozente man wo investiert, das ist Ansichtssache. Es gibt verschiedene Varianten. Das City-Management ist im Moment wirklich nicht notwendig.

Man kann prüfen, ob eine Aufgabe verschoben werden kann, wo Ressourcen freigeworden sind. Das wird generell etwas in Verwaltungen vernachlässigt. Es sollen kreative Lösungen gefunden werden. Wo kann etwas gemacht werden, ohne dass es eine neue Stelle braucht. Zum Thema Kosten: Neue Stellen sind bleibend, das haben wir gehört. Hingegen eine Auslagerung kann in Anspruch

genommen werden, wenn sie benötigt wird, wie bspw. im volatilen Asylwesen. Dann ist es sogar die bessere Variante, weil es vorübergehend ist.

*Das Wort wird nicht weiter verlangt.*

---

### **Abstimmungen**

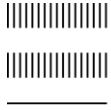
1. *Das Budget 2025 der Einwohnergemeinde (beinhaltend die Erfolgsrechnung mit einem Steuerfuss von 99 %, die Investitionsrechnung und die Stellenpläne) wird genehmigt.*

**Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.**

2. *Von den Investitions- und Finanzplänen 2025–2034 sei Kenntnis zu nehmen.*

**Von den Investitions- und Finanzplänen 2024–2033 wird mit 15: 21 (ja/nein) Stimmen nicht Kenntnis genommen.**

---



---

### Traktandum 3

#### ER.2024.029

#### Interpellation von Michael Wacker (SP) vom 24. Juni 2024 betreffend "Verbindlichkeit von Abstimmungsunterlagen"; Beantwortung Stadtrat

**Michael Wacker**, Einwohnerrat

Der Interpellant ist mit der Beantwortung zufrieden.

---

### Traktandum 4

#### ER.2024.030

#### Interpellation von Hans Rudolf Sommer (SP) vom 24. Juni 2024 betreffend "Bewirtschaftungsplan für den Zofinger Wald"; Beantwortung Stadtrat

**Hans Rudolf Sommer**, Einwohnerrat

Der Interpellant ist mit der Beantwortung teilweise zufrieden.

---

### Traktandum 5 – Umfrage

#### *Hinweis zur Protokollführung*

*An der Einwohnerratsitzung wurden zuerst alle Fragen gestellt und danach folgten die Beantwortungen durch den Stadtrat. Aus Gründen der Übersichtlichkeit folgt im Protokoll die jeweilige Beantwortung gleich nach der Frage.*

**Attila Gygax**, Einwohnerrat

Wann kommt das Verkehrskonzept im Bereich des Oberstufenzentrums?

**Robert Weishaupt**, Stadtrat

Anfangs nächstem Jahr wird das Projekt an einer Informationsveranstaltung für Anwohnende präsentiert.

**Hans Rudolf Sommer**, Einwohnerrat

Die Perrons am Bahnhof sind von der SBB behindertengerecht umgebaut worden. In Bahnhofsnähe und in der Altstadt gibt es kaum überwindbare Hindernisse (bspw. Türe beim Lift im 2. UG des Parkhauses, Strassenübergang Unt. Grabenstrasse zur Bahnhofstrasse, Zugänglichkeit öffentliche WC-Anlage bei der Markthalle). Kann sich der Stadtrat vorstellen, eine Begehung mit Betroffenen zu organisieren, um anschliessend die bestehenden Barrieren zu eliminieren?

**Robert Weishaupt**, Stadtrat

Die Türe im 2. UG des Parkhauses hat die Funktion einer Brandschutztüre. Leichte Verbesserungen konnten erzielt werden. Die Werkabnahme beim Strassenübergang ist noch nicht erfolgt. Das Ressort Tiefbau ist mit dem Kanton bezüglich Möglichkeiten in Kontakt. Die verbauten Steine sind grundsätzlich für einen behindert gerechten Bau bestimmt. Für die WC-Anlage bei der Markthalle ist derzeit kein Bauvorhaben eingeplant. Der Stadtrat hat bereits eine Begehung mit Procap durchgeführt und kann sich das vorstellen.

**Salome McNaught**, Einwohnerrätin

Wann darf eine (Zwischen-)Präsentation zur Immobilienstrategie erwartet werden?

**Christiane Guyer**, Stadtpräsidentin

Nächstes Jahr sind vier Informationsveranstaltungen vorgesehen. Das Thema der Immobilienstrategie ist für die 2. Jahreshälfte eingeplant.

**Daniel Gygax**, Einwohnerrat

Wie geht es mit der Sportkommission weiter?

**Rahela Syed**, Stadträtin

Im Sportkonzept ist es aufgeführt, dass es die Sportkommission in dieser Form nicht mehr gibt. Im Frühling wird ein Treffen für einen Austausch mit den Sportvereinen organisiert.

---

**Matthias Hostettler**, Einwohnerratspräsident

Der Präsident verabschiedet die Mitglieder des Einwohnerrats Markus Gfeller, Gian Guyer und Daniel Gygax und bedankt sich für die engagierte Debatte.

Ende der Sitzung: 22.14 Uhr

Nächste Sitzung: 17. März 2025

---

Zofingen, 23. Dezember 2024

EINWOHNERRAT ZOFINGEN



Matthias Hostettler  
Einwohnerratspräsident



Patrick Siegrist  
Einwohnerratssekretär